XX. Armenwesen.

A. Organisation der Armenpflege.

Die bereits im Jahre 1901 angebahnte Reform der gesamten offenen Armenpflege wurde im Berichtsjahre unter Zugrundelegung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 22. Oktober 1901 durchgeführt.

Mit dem Stadtratsbeschlusse vom 21. Mai, Z. 5702 zur M.-Z. 18.305/XI, wurden die neuen Vorschriften für die Armenpflege der Gemeinde Wien genehmigt.

Sienach wird die Armenpflege nach Maßgabe der bestehenden Gesetze und der Anordnungen des Gemeinderates und des Stadtrates durch den Magistrat und die Armeninstitute ausgeübt. Für jeden Gemeindebezirk besteht mindestens ein Armeninstitut, das von der vom Stadtrate bestimmten Anzahl von Armenräten unter der Leitung des Obmannes gebildet wird.

Jeder Gemeindebezirk ist in eine Anzahl von Sprengeln (Rayons) derart einzuteilen, daß in jedem Sprengel ein Armenrat die unmittelbare Ausübung der Armenpflege besorgen kann. Für die Besorgung jener Geschäfte der Armenpflege, die eine kollegiale Behandlung erfordern, sollen in jedem Bezirke eine Anzahl aneinander grenzender Sprengel in einen Distrikt und die für sie bestellten Armenräte in eine Sektion zusammengefaßt werden. Die Zahl der Mitglieder einer Sektion soll in der Regel nicht mehr als 18 betragen. Die Besorgung besonderer Zweige der Armenpflege, namentlich die Überwachung der Armenkinderpflege, ist in jedem Bezirke nach Bedarf einzelnen Armenräten ausschließlich zuzuweisen. Die innere Einteilung und Organisation der Armeninstitute obliegt zunächst diesen selbst. Es ist jedoch dem Stadtrate vorbehalten, nach Einholung des Gutachtens des Armeninstitutes über Antrag des Magistrates die im Interesse der Gemeinde-Armenpflege notwendigen Anordnungen zu treffen (§ 1—7).

Abgesehen von einigen ganz unwesentlichen Verschiedenheiten zeigen in der Tat auch die Armeninstitute durchwegs die gleiche innere Organisation.

Die Armenräte wählen aus ihrer Mitte einen Obmann, einen Kassier, einen Rechnungsführer, einen Schriftführer und die erforderlichen, vom Stadtrate zu systemisierenden Stellvertreter dieser Funktionäre auf die Dauer der für das ganze Armeninstitut geltenden Wahlperiode. Ebenso wählen die Armenräte jeder Sektion einen Sektionsobmann und einen Stellvertreter. Jede Wahl bedarf der Bestätigung

durch den Stadtrat, der die Bestätigung ohne Angabe von Gründen abzulehnen berechtigt ist. Dem Stadtrate steht es auch zu, Funktionäre eines Armeninstitutes oder ihre Stellvertreter vorläufig oder endgiltig ihres Amtes zu entheben und überhaupt die für den ungestörten Fortgang der Geschäftsführung notwendigen Verfügungen zu treffen (§ 16).

Das Amt eines Armenrates ist ein freiwilliges, unbesoldetes Ehrenamt. Zu diesem Amte können Gemeindeglieder männlichen Geschlechtes berufen werden, die im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte stehen, das für die Wählbarkeit in die Gemeindevertretung erforderliche Alter von 30 Jahren, die hiefür notwendige Unbescholtenheit haben und im Bezirke wohnen. Für besondere Zweige der Armenpflege, namentlich für die Armenkinderpflege, können auch Frauen zu dem Amte eines Armenrates berufen werden (§ 10).

Von wichtigeren Anordnungen, die in Gemäßheit des § 1 der Vorschriften seitens des Magistrates im Berichtsjahre erlassen wurden, seien hervorgehoben:

1. Die Weisung betreffend die amtliche Verwendung der „Blätter für das Armenwesen der Stadt Wien“: Die Armeninstituts-Vorstellung ist verpflichtet, den Inhalt der einzelnen Blätter in den Armenrats-(Sektions)sitzungen bekanntzugeben und besprechen zu lassen. Etwa auftauchende Zweifel sind der Magistrats-Abteilung XI bekannt zu geben. Jeder Armenrat, der aus seinem Ehrenamte ausscheidet, hat die von ihm gesammelten Blätter der Armeninstituts-Vorstellung für seinen Amtsnachfolger zurückzustellen, so daß in der Folge jeder Armenrat stets im Besitze sämtlicher, bereits erschienenen Jahrgänge dieser Blätter sein wird.

2. Weisung betreffend die Ausstellung der ärztlichen Befunde durch die Armenärzte: Die Krankheiten sind mit deutschen Namen anzuführen. Der Armenarzt hat sich weder über die Würdigkeit und Dürftigkeit des Unterstützungswerbers noch über die Höhe der Unterstützung auszusprechen.

3. Weisung betreffend die Armen-Arztanweisungen für städtische Bedienstete: Da diese im Falle ihrer Erkrankung ohnehin ihre vollen Bezüge und unentgeltliche ärztliche Hilfe erhalten, ist die Anweisung von Arzneien auf Rechnung der Gemeinde Wien unzulässig.

4. Weisung betreffend die Versorgung der sogenannten Versorgungshausfahren: Da die gemäß § 28 des Heimatsgesetzes aus den Spitälern in die Gemeindeobhut zu übernehmenden unheilbaren Personen meistens mittelst der städtischen Sanitätsstationen in das Versorgungshaus am Alserbache transportiert werden mußten und infolge der allzuhäufigen Inanspruchnahme gewisser Sanitätsstationen, dieselben ihrem Zwecke zu sehr entzogen wurden, so ergab sich die Notwendigkeit, auf kommissionellem Wege einen Modus festzusetzen, der eine glatte, möglichst rasche Abwicklung der in Rede stehenden Transporte ermöglichte.

Unter Zuziehung eines Vertreters der k. k. Statthaltereie und sämtlicher beteiligten Gemeindeämter wurden hierüber Beratungen gepflogen und zum Schlusse folgendes verfügt:

1. Für das Allgemeine Krankenhaus, das Kaiser Franz Josef-Spital und das Kaiserin Elisabeth-Spital wird der bisherige Vorgang beibehalten, d. h. die zu übernehmenden Personen werden von den Spitalverwaltungen in das städtische Versorgungshaus überführt und die Transportkosten nachträglich, wie bisher, von der Gemeinde Wien bezahlt.

2. Der Transport der Patienten der Krankenanstalt Rudolfstiftung, des Krankenhauses Wieden und der Erzherzogin Sophien-Spital-Stiftung wird durch die städtische Sanitätsstation im V. Bezirke, Bräuhausgasse 61,

3. jener der Patienten aus dem k. k. St. Rochus-Spitale durch die städtische Sanitätsstation im XIII. Bezirke, Pillergasse 21 besorgt.

4. Der Transport der Patienten des Wilhelminen- und des Kronprinzessin Stephanie-Spitales wird durch die städtische Sanitätsstation im XVI. Bezirke, Thaliastraße 113 besorgt.

In den Fällen 2, 3, und 4 unter der Voraussetzung, daß der Kranke nur in liegender Stellung transportabel ist. Derart nicht durchzuführende Krankentransporte sind wie bisher und auf Kosten der Gemeinde Wien zu veranlassen.

Der hiebei einzuhaltende Vorgang ist folgender:

Die Spitalsverwaltungen richten mittelst des bisher üblichen Pareres die Anzeige an den Magistrat, daß N. N. am . . . zu übernehmen sei; diese Anzeige hat auch die Art der Transportfähigkeit — natürlich nur nach dem Zeitpunkte der Erstattung der Anzeige — zu enthalten. Vom Magistrate (Abt. XI) ergeht hierüber an die Spitalsverwaltung die Erledigung, daß N. N. am . . . an das städtische Versorgungshaus am Alserbache abgegeben werden könne.

Hievon wird außerdem noch die Verwaltung des städtischen Versorgungshauses und bei Fremdzuständigen auch die Heimatgemeinde gemäß §. 30 H.-G. verständigt.

Die Spitalverwaltung setzt hierauf auf telephonischem Wege die kompetente Sanitätsstation davon in Kenntnis, daß N. N. am . . . aus dem Spitale mittelst Wagens abzuholen sei. Ändert sich bis zum Übernahmestage die Transportfähigkeit, so hat die Spitalverwaltung hievon die städtische Sanitätsstation rechtzeitig auf telephonischem Wege in Kenntnis zu setzen, um ein unnötiges Ausfahren der Sanitätswagen zu verhindern.

5. Weisung betreffend die Winkelschreiberei: Auf Gesuche, welche von Winkelschreibern verfaßt sind, wird in der Regel keine Rücksicht genommen; die Armen sind aufzuklären, daß auch die einfachsten und kürzesten Gesuche genügen.

6. Vorschriften betreffend die Anlegung von Katasterblättern für in Wien wohnhafte, periodisch unterstützte Fremdzuständige:

Nach den §§ 1 und 4 der Vorschriften für die Armenpflege der Gemeinde Wien, Anhang III, haben die Armeninstitute ein Verzeichnis der im Bezirke wohnhaften periodisch Unterstützten zu führen.

Da die von auswärtigen Gemeinden und den n.-ö. Bezirksarmenräten ihren in Wien wohnhaften Angehörigen bewilligten periodischen Unterstützungen von der städtischen Haupt(Armen)kasse und den Hauptkassen-Abteilungen der magistratischen Bezirksämter ausbezahlt werden, ohne daß die Armeninstitute bisher hievon Kenntnis erhielten, werden zur Behebung dieses Mangels folgende Anordnungen getroffen:

1. die Armeninstituts-Vorstellungen werden angewiesen, für jeden periodisch unterstützten Fremdzuständigen ein Katasterblatt gemäß § 8, Anhang III, der Vorschriften für die Armenpflege anzulegen und auf diesem auch die Höhe des monatlichen Bezuges, seine Dauer und den Bezirksarmenrat oder die auswärtige Gemeinde, von der er verliehen wurde, anzumerken.

2. Der Umstand, daß ein Katasterblatt bereits angelegt wurde, ist vom Armeninstitute auf dem Pfründenverleihungsdekrete (Auszahlungsbogen) der Partei durch den Vermerk: „Gesehen und vorgemerkt!“ oder „Katasterblatt angelegt!“ oder a. ä., die Unterschrift eines Funktionärs oder des Beamten und das hegedruckte Amtssiegel ersichtlich zu machen.

3. Eine Abschrift dieses Katasterblattes ist von der Armeninstituts-Vorstellung im kurzen Wege der Magistratabteilung XI zu übersenden.

4. Die städtische Haupt(Armen)kasse und die Hauptkassen-Abteilungen werden angewiesen, Pfründen an Fremdzuständige vor Einholung dieser Widierung durch das Armeninstitut nicht auszubezahlen.

5. Die magistratischen Bezirksämter, die städtische Haupt(Armen)kasse, die Hauptkassen-Abteilungen haben die Parteien bei der Zustellung oder Ausfolgung der Pfründenverleihungsdekrete (Auszahlungsbogen) ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß sie behufs deren Widierung vor der ersten Auszahlung mit diesem und ihren anderen Dokumenten (Taufschein, Trauungsschein, Heimatnachweis u. s. w.) beim Armeninstitute ihres Wohnbezirkes zu erscheinen haben.

7. Weisung betreffend den Anschluß der Katasterblätter bei Übersiedlungen: Wenn Personen, die Armenunterstützungen erhalten, in einen anderen Gemeindebezirk übersiedeln, hat das Armeninstitut des früheren Wohnbezirkes, sobald es hievon Kenntnis erlangt, auch das Katasterblatt (Anhang III, § 8 der Vorschriften über die Armenpflege) dem Armeninstitute des neuen Wohnbezirkes zu übersenden.

Durch diese und eine Reihe anderer Vorschriften, welche sich auf die mannigfaltigsten Angelegenheiten sowohl der Armenpflege als der inneren Geschäftsführung der Armeninstitute bezogen, beabsichtigte die Magistrats-Abteilung ein doppeltes:

Die von einem ganz neuen Geiste getragenen Vorschriften für die Armenpflege bis ins Detail durchzuführen und andererseits den zur Vereinfachung der Geschäftsgebarung und zur Wahrung des wirtschaftlichen Interesses der Gemeinde Wien erforderlichen Kontakt zwischen den Armeninstituten und den Mitgliedern derselben einerseits und dem Magistrate andererseits immer inniger zu gestalten.

Zur Erreichung des letzteren Zweckes insbesondere wurde auch die Verfügung getroffen, daß zu den Armeninstituts- und Sektionsitzungen nach Tunlichkeit ein Vertreter der Abteilung entsendet wurde, dem die Aufgabe oblag, über strittige Fragen der Armenpflege Aufklärung zu geben, aufgetauchte Zweifel über die praktische Durchführung der Vorschriften zu beseitigen, Wünsche und Beschwerden entgegenzunehmen und durch persönlichen Einfluß dahin zu wirken, daß das gedeihliche Einvernehmen zwischen beiden Teilen aufrecht erhalten bleibe. Namentlich in den ehemaligen Vorortbezirken, in denen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung eine ungleich intensivere Inanspruchnahme der öffentlichen Armenmittel zur Folge haben, hat sich dieser ununterbrochene Kontakt zwischen Magistrat und den Armenräten vortrefflich bewährt.

Während in den Armeninstituts-Versammlungen jene Angelegenheiten, die für den ganzen Bezirk von Bedeutung sind und in den Sektionsitzungen durch die Obmänner den gesamten Armenräten bekannt gegeben werden, verhandelt werden, ist es Aufgabe der Sektionsitzungen, das von den Armenräten gesammelte Aktenmaterial entgegenzunehmen, die Anträge über Aufnahme in die Versorgungsanstalt, Verleihung von Pfründen u. zur Abstimmung zu bringen, sonstige praktische Anregungen zu geben, die dann im Wege der Armeninstituts-Vorstellungen an die Magistrats-Abteilung zur weiteren Begutachtung und eventueller Erlassung einer allgemeinen Vorschrift geleitet werden. In der Tat ist durch die Sektionsitzungen dem Magistrate manche gute Anregung gegeben worden und manche nachträglich für sämtliche Bezirke erlassene Vorschrift ist dem Beschlusse einer einzelnen Sektionsitzung entsprungen. So erwiesen sich die Sektionsitzungen als ungemein vorteilhaft für die gesamte Armenpflege und entwickelten sich zu einer Art praktischen Schule des Armenwesens.

Wenn auch in dem Berichtsjahre nicht alle Armeninstitute zu bewegen waren, die vorgeschriebenen Sektionen zu bilden, so sprang doch dort, wo sie ins Leben gerufen wurden, ihr Vorteil so in die Augen, daß es dem Magistrate ein Leichtes war, später durch den Hinweis auf diese Bezirke die Bildung der Sektionen auch in den übrigen Bezirken anzuregen, bezw. zu beschleunigen.

Ist dies einmal durchgeführt, ist das Pflichtgefühl der Armenräte so weit erstarkt, daß sie pünktlich in die Sektionsitzungen kommen und hat sich die Anordnung eingelebt, daß seitens des Armeninstitutes nur solche Armenratsanträge entgegengenommen werden, welche die Sektionsitzung passiert haben, so ist ersichtlich, daß damit jener höchste Grad der Individualisierung der Armenpflege erreicht ist, der in der Großstadt, ohne zum Elberfelder Systeme überzugehen, überhaupt möglich ist.

Eine erst in dem Berichtsjahre eingeführte Neuerung in der Armenpflege sind die „Blätter für das Armenwesen der Stadt Wien“. Die Blätter erscheinen monatlich, der Bezugspreis ist jährlich 5 K, für Wohltätigkeitsvereine 3 K, einzelne Nummern 50 h. Mitteilungen, die in denselben enthalten sind, haben offiziellen Charakter und die auf diesem Wege gegebenen Weisungen und Aufträge sind zu befolgen. Die Blätter werden sämtlichen Armeninstituts-Vorstellungen und durch diese den einzelnen Armenräten zugemittelt. Tritt ein Armenrat von seiner Funktion zurück, so hat er die bereits erhaltenen Exemplare zurückzuerstatten. Inhalt und Zweck der Blätter wurde bereits im Verwaltungsberichte für das Jahr 1901 auseinander gesetzt. Die Blätter haben sich in kurzer Zeit sehr rasch eingelebt, werden von sehr vielen Privatpersonen und Vereinen bezogen und jenen auswärtigen Städten, die ähnliche Blätter herausgeben und der Gemeinde Wien unentgeltlich zur Verfügung stellen, unentgeltlich zugemittelt.

Außer den Armenräten, Waisenvätern und Waisenkümmern der Stadt Wien und den bereits erwähnten Städten haben Anspruch auf unentgeltlichen Bezug:

Die städtischen Beamten, welche in der Verwaltung der Armenpflege unmittelbar tätig sind, die katholischen und evangelischen Pfarrämter sowie die israelitische Kultusgemeinde Wiens, ferner die Mitglieder des Gemeinderates, die Magistrats-Abteilungen, Bezirksämter und Bezirksvorstellungen.

An Abonnementsgebühren gelangten 269 K zur Einhebung. Die bezüglichlichen Auslagen betragen 2844 K und bestanden aus den Druckkosten und Papier per 2244 K und der Remuneration des die Herausgabe besorgenden Konzeptsbeamten per 600 K.

Der Zentralarmenkataster erfuhr auch in diesem Jahre eine beträchtliche Vermehrung: Am Ende des Berichtsjahres lagen zirka 170.000 Blätter ein. Die von der Gemeindeverwaltung angestrebte Anschließung der Privatwohltätigkeitsvereine an die städtische Armenverwaltung, welche, abgesehen vom Zentralrate für das Armenwesen, namentlich in einer häufigeren Benützung des Armenkatasters durch die Privatvereine sich äußern sollte, war bisher nicht zu erreichen.

Zu erwähnen ist noch, daß im Berichtsjahre die Neuwahl der Armenräte in ganz Wien erfolgte. Es sind 2007 Armenräte, darunter 90 Frauen gewählt.

B. Fonds und Stiftungen für die Zwecke der öffentlichen Armenpflege.

a) Fonds der öffentlichen Armenpflege.

Nach dem Heimatgesetze hat die Gemeinde die Kosten der öffentlichen Armenpflege nur insoweit zu tragen, als nicht die Mittel der vorhandenen Wohltätigkeitseinrichtungen dazu ausreichen. Der Gemeinde Wien stehen sechs Wohltätigkeitsfonds zur Verfügung, über deren finanzielle Gebarung in folgendem berichtet wird:

1. Wiener allgemeiner Versorgungsfonds.

Als im Jahre 1842 die Armenpflege in Wien von der k. k. niederösterreichischen Landesregierung dem Wiener Magistrate übergeben wurde, erhielt dieser auch die für die Armenpflege im allgemeinen gewidmeten Fonds unter der Bezeichnung „Wiener allgemeiner Versorgungsfonds“ mit der Bestimmung überwiesen, daß der Fonds nicht dem Gemeindevermögen einverleibt werden dürfe und stets abge sondert zu verrechnen sei.

Der einfacheren Verrechnung wegen werden schon seit dem Jahre 1893 die Kosten der Armenpflege nicht mehr als Ausgaben des Versorgungsfonds, sondern als Gemeindeausgaben verrechnet, dafür aber die Fondseinnahmen, soweit sie nicht für die Verwaltung des Fonds oder unmittelbar ihrer besonderen Widmung gemäß verwendet werden müssen, als Einnahmen aus dem Titel der Armenpflege an die Gemeindegelder abgeführt.

Im Jahre 1902 hat sich das reine Gesamtvermögen um den Betrag von 454.887 K 16 h vermehrt; und zwar hat sich das Stammvermögen um 481.077 K 95 h vermehrt, das Kurrentvermögen dagegen um 26.190 K 79 h vermindert.

Einen Vermögensbestandteil des Wiener allgemeinen Versorgungsfonds bildet das Stiftungsgut Ebersdorf an der Donau mit einem Flächenausmaße von 2840 ha. Die Wälder sind durchwegs Aubestände von größtenteils natürlicher Bestockung und werden auch als solche in eigener Regie bewirtschaftet. Die Ackergründe, Gartengründe, Wiesen und die zum Fondsgute gehörigen Fischereirechte werden jeweilig verpachtet. Für das Wirtschaftsgebiet am linken Ufer der Donau ist ein Forstverwalter mit dem Sitze in Groß-Enzersdorf, dem ein Forstadjunkt und zwei Forstwarte zur Dienstleistung zugewiesen sind, für das Wirtschaftsgebiet am rechten Donauufer ein Forstverwalter mit dem Sitze in Mannswört, dem ein Forstwart und ein Forstauffeher beigegeben sind, bestellt. In der Holzfallungsperiode 1901/02 wurden im Wirtschaftsgebiete Groß-Enzersdorf 10.250 rm^3 Holz zur Fällung und Erzeugung gebracht, wovon auf die Hauptnutzung 8202 rm^3 , auf die Zwischenutzung 2048 rm^3 entfallen. Im Wirtschaftsgebiete Mannswört wurden zusammen 6939 rm^3 zur Fällung und Erzeugung gebracht. Der Reinertrag des Fondsgutes belief sich im Berichtsjahre auf 82.092 K 43 h.

Der Abschuß an Hochwild war auch im Berichtsjahre im Verhältnis zu dem Stande und dem Zuwachse des Wildes ein geringer. An Wildschäden wurden im Berichtsjahre seitens des k. u. k. Oberstjägermeisteramtes 533 K 69 h gezahlt.

2. Bürgerladfonds.

Das Erträgnis dieses der Gemeinde gehörigen Fonds wird zur Unterstützung armer Bürger verwendet. Die aus diesem Fonds dotierten Pfründen werden nach Maßgabe der Einkünfte besetzt. Zu Anfang des Berichtsjahres waren 108 Bürgerladpfründenplätze zu monatlich 16 K besetzt, zu Ende des Jahres 126 Pfründenplätze.

Das reine Vermögen belief sich Ende des Berichtsjahres auf 1.011.416 K 32 h und hat sich im Vergleiche zum Vorjahre um 22.593 K 87 h vermehrt.

3. Bürgerhospitalfonds.

Auch dieser Fonds dient ausschließlich zur Unterstützung armer Bürger. Doch sind aus seinem Erträgnisse jährlich bestimmte Beiträge an den k. k. Waisenhausfonds, den n.-ö. Findel-, Gebär- und Irrenhausfonds abzuführen, weil der Bürgerhospitalfonds einst auch für die Wohltätigkeitszwecke, welchen diese Fonds dienen, verwendet worden war. Die Verhandlungen mit der k. k. n.-ö. Statthalterei und dem n.-ö. Landesauschusse wegen Einstellung oder Ablösung dieser sogenannten Rezekßgebühren sind noch im Zuge.

Um die für den VI. Bezirk wichtige Straßenregulierung auf der Mariahilferstraße nächst der Laimgrubenkirche in Angriff nehmen zu können und die Einnahmen, beziehungsweise Verzinsung der Häuser Nr. 23 und 25 Mariahilferstraße zu erhöhen, wurden die genannten beiden Fondshäuser im Jahre 1901 abgetragen und zufolge Gemeinde-ratsbeschlusses vom 7. Februar 1901, Z. 673, die Erbauung zweier moderner Wohn- und Geschäftshäuser auf den durch die Demolierung der alten Häuser freierwerdenden Eckbaustellen beschloffen.

Der Neubau war am 4. November 1901 begonnen worden und bis Ende 1902 teilweise fertiggestellt.

Die innere Ausstattung der beiden Häuser ist die eleganter Wiener Zinshäuser, sowohl was die Stiegenhäuser mit geschliffenen Karstmarmorstufen und schmiedeisernen Geländer, die Pflasterung der Gänge und Küchen als auch die durchaus harten Fußböden, die Malerei der Wohnungen, die Installation der elektrischen Beleuchtung und der Waterklosets betrifft. Die Fassaden sind, der Lage der Gebäude an einer der bedeutendsten Verkehrskadern Wiens entsprechend, hervorragend künstlerisch in modernisierender Barocke durchgebildet und von reichverzierten, mit roten Wiberchwänzen gedeckten Mansarddächern und zwei mächtigen Kuppelaufbauten gekrönt, von denen eine die Mitte der Mariahilferstraßenfront einnimmt, die andere am Eckturme der Pfauen- und Filigradergasse angeordnet ist.

Die bis Ende des Berichtsjahres hiefür angewendeten Baukosten beliefen sich auf 517.520 K. Ferner hat der Fonds auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 31. Jänner die Realität C.=Z. 191, VI. Bezirk, Filigradergasse Nr. 8, Pfauengasse Nr. 15, um 181.656 K käuflich erworben.

Der Fonds hat auch mehrere Grundstücke verkauft, darunter insbesondere den Grund C.=Z. 44 im VI. Bezirke, Mariahilferstraße Nr. 15 um 126.000 K an Anton Hein (Gemeinderatsbeschuß vom 4. September 1901, Vertrag vom 26. Juli 1902); ferner zufolge des Gemeinderatsbeschlusses vom 17. Juni 1902 die in das Territorium des städtischen Gaswerkes einbezogenen Fondsgründe im XI. Bezirke, zusammen 72.206 m², um 415.222 K an die „Gemeinde Wien — städt. Gaswerke“, und ferner zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 12. Dezember 1902 die Fondsbaustelle C.=Z. 842 in Fünfhaus per 495.84 m², um 59.500 K an Georg und Hermine Wäßler.

Zum Eigentume des Wiener Bürgerhospitalfonds gehört auch das Fondsgut Spitz an der Donau, welches auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 10. Oktober 1871 um den Betrag von 600.000 K angekauft worden ist. Von diesem Ankaufspreise wurden seither, infolge des allmäligen Verkaufes mehrerer Grundparzellen, die betreffenden Grundkaufschillinge von zusammen 42.756 K und zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 10. Dezember 1880 das Äquivalent für die in den ersten Jahren nach dem Ankaufe stattgefundenen forstlichen Übernutzungen per 126.362 K, somit zusammen 169.118 K in Abfall gebracht. Der Rest per 430.881 K zuzüglich des Wertes per 12.013 K der erst in den letztvergangenen Jahren behufs Arrondierung des Fondsgutes Spitz angekauften Grundstücke, somit zusammen 442.890 K, sind als gegenwärtiger Kapitalwert des Gutes Spitz anzusehen. Die Gesamteinnahmen des Fondsgutes Spitz betragen im Berichtsjahre 30.928 K 29 h, die Gesamtausgaben 30.417 K 18 h.

Um das Fondsgut Spitz in Zukunft erträgnisreicher zu gestalten, wird der Besitz desselben am Fauerling durch Ankauf von Wiesenparzellen arrondiert, welche sodann der Aufforstung zugeführt werden. So wurden im Berichtsjahre die Wiesenparzellen Nr. 184 in Gießhübl im Ausmaße von zusammen 3632 m² um den Betrag von 100 K käuflich erworben.

Für die Aufforstung von zusammen 12.01 ha Fläche und die sonstige Forstkultur dieses Gutes wurden im Berichtsjahre 1854 K aufgewendet. Zur Fällung gelangten im Berichtsjahre 1624.75 Raummeter Brennholz und 470.941 Festmeter Stammholz. Der größte Teil des Brennholzes, nämlich 1382 Raummeter, wurde nach Wien abgeführt und an die Gemeinde Wien, teils zur Deckung des eigenen Bedarfes, teils zum Zwecke der Armenbeteiligung um den erhobenen Schätzwert von 12.066 K abgegeben; der restliche Teil des Brennholzes und das Stammholz wurden in Spitz verkauft.

In den Bürgerhospitalfondswäldern der Umgebung Wiens, das ist im Schuhbrecher-, Hadersdorfer-, Wurzbacher-, Rotwasser-, St. Marzer- (auch Gablitzergwald genannt) und Ralksburgergwald, über welche die Aufsicht mit Zustimmung der k. k. Forst- und Domänenverwaltung Wien von staatlichen Forstorganen gegen Jahreshonorare besorgt wird, wurden im Berichtsjahre 1999 Raummeter Brennholz und 42.01 Festmeter Stammholz aufbereitet und hiefür, sowie für verschiedene Forstnebennutzungen, 9978 K eingenommen.

Um das Fondsvermögen intakt zu erhalten, beziehungsweise zu vermehren, wurde aus dem Ertrage des steuerfreien Fondshauses I., Kärntnerstraße Nr. 18 ein Betrag von zusammen 11.830 K, — um welchen der Wert der Steuerfreiheit im Jahre 1902 abgenommen hatte, — ferner sonstige aus den Jahren 1901 und 1902 herrührende BARGELDER per 38.538 K 50 h, zur Erwerbung von Wiener Kommunalanlehensobligationen vom Jahre 1902 verwendet und auf diese Weise dem Stammvermögen des Bürgerhospitalfonds zugeführt.

Einschließlich des Fondsgutes Spitz an der Donau beläuft sich das reine Vermögen des Fonds auf 25.080.073 K 64 h. Im Berichtsjahre hat das Vermögen des Fonds einen Zuwachs von 768.404 K 66 h erfahren.

4. Johanneshospital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonds.

Diese Fonds bestehen aus einer größeren Anzahl von Stiftungskapitalien, die von der Gemeinde verwaltet und deren Erträgnisse vielfach über den Vorschlag von Präsentationsberechtigten zur Gewährung dauernder Armenunterstützungen verwendet werden.

Nach dem Rechnungsabschlusse für das Jahr 1902 betrug

	bei dem Johanneshospital- Stiftungsfonds	bei dem Großarmenhaus- Stiftungsfonds
die Zahl der Stiftungen	312	29
" " " Stiftpfätze	666	249
das Reinvermögen	1,689.300 K	689.300 K

5. Der Wiener Landwehrfonds.

Das Erträgnis dieses Fonds war ursprünglich zur Unterstützung von Angehörigen der im Jahre 1806 errichteten Wiener Freibataillone bestimmt. Nach den Beschlüssen des Gemeinderates vom 11. April 1876 und 6. September 1878 wurde das Fonds-erträgnis überhaupt zur Unterstützung im Kriege verunglückter, in Wien heimatberechtigter Personen und ihrer Familien verwendet. Mit dem Gemeinderatsbeschlusse vom 2. Juli 1897 wurden neue, den jetzigen Wehrverhältnissen entsprechende Grundsätze für die weitere Verwendung dieses Fonds aufgestellt und der k. k. n.-ö. Statthaltereie zur Genehmigung vorgelegt. Derzeit sind zwei Stiftpfätze mit monatlich 40 K und ein Stiftpfatz mit monatlich 60 K besetzt. Das Vermögen dieses Fonds betrug am Ende des Berichtsjahres 983.430 K 77 h.

6. Der Waisenfonds.

Der Zweck dieses im Jahre 1855 geschaffenen Fonds ist die Gewährung von Erziehungsbeiträgen für mittellose Waisen. Ihm fließen alle für Waisen ohne nähere Widmung gespendeten Beträge, insbesondere auch die anlässlich der Verleihung des Bürger- oder Heimatrechtes gemachten Spenden zu. Doch werden diese Zuflüsse vorläufig nur zur Vermehrung des Stammkapitales verwendet und bloß die Zinsen des

Fonds dürfen zufolge Stadtratsbeschlusses vom 27. Jänner 1899 bis zum Betrage von 4000 K zur Unterstützung von Waisen, die in der Pflege der Gemeinde Wien stehen, insbesondere zur Beteiligung von Lehrlingen anlässlich ihrer Freisprechung ausgegeben werden.

Am Ende des Berichtsjahres betrug das Fondsvermögen 123.888 K 27 h. —

Abgesehen von diesen sechs Fonds erhält die Gemeinde Wien auch noch aus dem n.-ö. Landesarmenfonds und aus dem n.-ö. Landesfonds gewisse Zuflüsse zur Bestreitung der Kosten der Armenpflege. Es wird ihr nämlich auf Grund des Gesetzes vom 13. Oktober 1893, L.-G.-Bl. Nr. 53, an Stelle des früher gewährten teilweisen Rückerlasses der Kosten der Armenpflege für außerhalb Wiens wohnhafte und für die der Gemeinde Wien zugewiesenen Personen unbekanntes Heimatrechtes eine Pauschalvergütung von jährlich 200.000 K bis zum Jahre 1904 geleistet. Außerdem wird eine teilweise Vergütung des Aufwandes für die der Gemeinde Wien zugewiesenen Findlinge gewährt. Letztere betrug im Berichtsjahre 2765 K 11 h.

Endlich erhält die Gemeinde Wien zufolge des niederösterreichischen Landesgesetzes vom 29. August 1901, L.-G. und B.-Bl. Nr. 42, von dem gemäß § 1 des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1901, R.-G.-Bl. Nr. 62, dem Erzherzogtume Österreich unter der Enns alljährlich überwiesenen Teile der Gebarungsüberschüsse der kumulativen Waisenkassen die Hälfte; der zugewiesene Betrag ist im Sinne des bezogenen Gesetzes ausschließlich zur Pflege und Erziehung armer, nach Wien zuständiger Waisen, sowie verwahrloster oder verlassener Kinder bis zum zurückgelegten 18. Lebensjahre zu verwenden, wobei die Waisen von im Kriege oder sonst in unmittelbarer Ausübung des Wehrdienstes um das Leben gekommenen Militärpersonen vorzugsweise Berücksichtigung zu finden haben. Im Berichtsjahre erhielt die Gemeinde Wien 264.063 K 18 h, und zwar als Anteil an den Gebarungsüberschüssen der kumulativen Waisenkassen für das Jahr 1900.

b) Armenstiftungen.

Den Zwecken der öffentlichen Armenpflege dienen auch die zahlreichen in Wien bestehenden Armenstiftungen, welche teils von der Gemeinde, teils von anderen Behörden und Korporationen verwaltet werden.

Die Zahl der in Verwaltung der Gemeinde befindlichen Stiftungen für Zwecke der Armenpflege betrug am Ende des Berichtsjahres 1018 mit einem Stiftungskapitale von 14.545.413 K und einem Zinseinertrage von 577.635 K.

Hievon waren bestimmt	Stiftungen	mit einem Kapitale	mit einem Zinseinertrage
für die vorübergehende Armenbeteiligung	566	8,793.536 K	346.673 K
„ „ dauernde Armenbeteiligung	381	4,179.636 „	188.178 „
„ „ Verpflegung in städtischen Humanitätsanstalten	64	1,215.326 „	32.008 „
„ „ Verpflegung in nicht städtischen Humanitätsanstalten	2	274.244 „	7.420 „
„ „ Armenkrankenpflege	5	82.671 „	3.356 „

In den hier angeführten Summen sind auch die bei den früher besprochenen Armenfonds verwalteten und verrechneten Armenstiftungen enthalten.

Aus den Zinseffen der von der Gemeinde verwalteten Armenstiftungen wurden im Berichtsjahre 12.098 Personen vorübergehend, 1654 Personen dauernd, daher zusammen 13.752 Personen betheil

Hierzu ist zu bemerken, daß eine große Anzahl von Armenstiftungen sich in Verwaltung der k. k. n.-ö. Statthalterei, des n.-ö. Landesauschusses und verschiedener kirchlicher und weltlicher Organe befindet. Angaben über diese Stiftungen sind im Abschnitte XXI, „Armenpflege“ des Statistischen Jahrbuches der Stadt Wien enthalten.

c) Legate und Geschenke für Zwecke der öffentlichen Armenpflege.

Eine nicht unbeträchtliche Einnahme der Gemeinde für die Zwecke der Armenpflege bilden jene Legate und Geschenke, welche zur unmittelbaren Verteilung an Arme gewidmet werden. Zu erwähnen sind von den im Berichtsjahre eingegangenen Zuwendungen dieser Art:

Die Legate: Des Johannes Götzger (Lindau a. B.) für verschiedene wohltätige Zwecke (1950 Mk); des Johann Bauer für Arme Wiens (200 K); der Marie Boschan für arme Schulkinder Hiebingss (200 K); des Michael Wendl für Arme des V. Bezirkes (200 K); der Anna Ulsch für Arme von Weinhaus und Währing (160 K); des Alfred Arlet für Pflinglinge des Wiener Versorgungshauses (400 K); des Hugo Scholz für Arme des II., IV., VII., XII. und XIII. Bezirkes (1500 K); der Anna Schögl geborenen Diederl für die Armen des XIV. Bezirkes (1000 K), des XV. Bezirkes (2000 K) und des XVIII. Bezirkes (1000 K); des Ignaz Eisler, Edlen von Terramare für christliche Arme (1000 K); des Josef Fiedler für die Armen des IV. Bezirkes (2028 K); der Helene Gräfin Rinsky geb. Prinzessin von Thurn und Taxis für die Armen Wiens (500 K); der Friederike Grünfeld für die Armen Wiens (1000 K); des Michael Randal für die Armen von Währing und Weinhaus (2000 K); des Julius Dörfel für die Armen von Dornbach (200 K); des Julius Fränkel für die Armen der Stadt Wien ohne Unterschied der Konfession (20.000 K); des Friedrich von Seeberg für die Wohltätigkeitsanstalten des II. Bezirkes (900 K); der Freifrau von Behmen für die Armen Wiens ohne Unterschied der Konfession (2000 K); der Agnes Weinhanjel für die Armen des Leopoldstädter Armenhauses im Werb (300 K); der Katharina Brunner für die Armen Wiens (3930 K); der Franziska von Semlitsch für die Armen des IX. Bezirkes (400 K); der Elisabeth Philippi für die Armen des Pfarrsprengels Gumpendorf (400 K); der Louise Eßhaver für die Armen des XVI. Bezirkes (2000 K); der Franziska Flori für die Armen Wiens (2000 K); des Julius Ghini für die Armen von Kaisermühlen (200 K); der Josefa Schnabel für die Armen von Fünfhaus (400 K) und des Heinrich Kavich für die Armen des VI. Bezirkes (2000 K).

Die Spenden: Von Ihren k. u. k. Hoheiten dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Rainer und der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Maria Karolina von Österreich 10.000 K für die Armen Wiens, davon 2000 K für Arme des Bezirkes Wieden; von der österreichischen Beleuchtungs-Aktiengesellschaft für die Armen des XII. Bezirkes 200 K; der Helene Mautner von Markhof für die Armen des III. Bezirkes 1000 K; der Josefina Egerth und Anna Presl für die Armen des VI. Bezirkes 1000 Laib Brot; der Firma Rainz & Partik für die Armen des IX. Bezirkes 500 Pakete Linsen; von der Firma Wagner & Co. in Erlaa für die Armen Wiens 15.000 Portionen Erbsensuppe; vom Gewinner des Haupttreffers der Kommunallose für Arme Wiens 10.000 K; von der Wiener Kommunalparfasse im Bezirke Rudolfsheim für verschiedene wohltätige und gemeinnützige Zwecke 66.000 K; von der Verwaltung des Eßterhazybades 2300 Freikarten; von Robert Schinger 10.000 Kg Kohle, 200 Bund Holz für 200 Arme von

Fünfhaus; von August Moll für 10 dürftige und würdige Familien des IV. Bezirkes 500 K; von Marie Drator für die Armen des VII. Bezirkes 500 K; von Henry Cook (Kairo) für die Armen Wiens 1000 K; vom Kaiser-Jubiläums-Stadttheater als Erträgnis der Wohltätigkeitsvorstellungen 1002 K; von Sr. Erzellenz Heinrich Grafen Larisch-Wönnich für die Armen des III. Bezirkes 1000 K; von S. A. für Kinderschutz 200 K; von Adolf Kraus für die Armen des VI. Bezirkes 200 K; von Theresie Anders für verarmte Geschäftsleute 600 K; von Gebrüder Rodet für die Armen von Hiezing 200 K; von Anton Fischer Ritter von Anfern für die Armen Wiens 1000 K; von Anna Pettschacher für die Armen des IV. und XIII. Bezirkes zusammen 600 K; von Dr. Robert Mattroy für die Armen von Währing 2500 K; von einem Ungenanntfeinwollenden für die Armen des V. Bezirkes 2000 K; ebenso für die Armen des XIV. Bezirkes 200 K; von der Witwe nach Gustav R. v. Mauthner für die Armen Wiens ohne Unterschied der Konfession 2000 K; von einem Ungenanntfeinwollenden 500 K; von Paul Hopfner für die Armen Wiens 2000 K; von den Hinterbliebenen nach Friedrich Wilhelm Haardt für die Armen Wiens 2000 K; von Karl Schellhammer für die Armen Wiens 2000 K; von einer ungenannten Dame für die Armen Wiens 1000 K.

C. Armenbeteiligung.

Die Armenbeteiligung besteht in den Fällen vorübergehenden Bedarfes in der Gewährung von Aushilfen, bei andauernder Notlage aber in der Bewilligung regelmäßig wiederkehrender Unterstützungen.

a) Vorübergehende Armenbeteiligung.

Aushilfen werden vor allem von den Armeninstituten gewährt, indem der Armenrat, in dessen Sprengel der Bedürftige wohnt, sie anweist und die Armeninstituts-Vorsteherung sie auszahlt.

Voraussetzung ist, daß jemand infolge widriger Umstände augenblicklich außerstande ist, sich oder seinen Familienangehörigen unumgänglich notwendige Lebenserfordernisse (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Feuerung etc.) zu beschaffen. Die Aushilfe kann in Geld oder in der Beistellung der Bedarfsgegenstände bestehen. In jedem Falle sind von dem Armenrate vorher genaue Erhebungen zu pflegen; wird die Aushilfenanweisung vom Armeninstitute nicht honoriert, so ist der Grund der Partei bekannt zu geben und auf dem zurückzubehaltenden Formulare selbst zu vermerken. Die Gelbdaushilfen, welche von den Armeninstituten bewilligt werden, dürfen höchstens 20 K und nur im Falle eingetretener oder unmittelbar bevorstehender Unterstandslosigkeit 30 K betragen.

Aushilfen können auch Fremdständigen gewährt werden, in welchem Falle der Rückersatz durch das magistratische Bezirksamt bei der Heimatsgemeinde anzusprechen ist, falls die Aushilfe auf Rechnung derselben und nicht aus den zu diesem Zwecke verfügbaren Spenden, Legaten und Stiftungen erfolgt ist (§§ 22—25 der Vorschriften).

In der Magistratsabteilung für Armenwesen werden mit Aushilfen unterstützt: Personen, die einer größeren Aushilfe bedürfen, ferner alle außerhalb Wiens wohnhaften, nach Wien zuständigen Armen und jene Personen, die sich zwar in Wien aufhalten, jedoch mangels eines Wohnsitzes nicht in den Sprengel eines Armenrates gehören, endlich die armen Bürger.

Arme, die bei ihrer Entlassung aus einem Krankenhause einer Unterstützung bedurften, erhielten bisher von den Krankenhausverwaltungen Unterstützungen in Kleidern oder Geld auf Rechnung der Gemeinde Wien, welche dann bei Fremdzuständigen den Rückerfaz von der Heimatgemeinde ansprach. Zu diesem Zwecke wurden den Spitalsverwaltungen eigene Verläge zugewiesen. Diese Art der Unterstützung der Spitalspfleglinge hat zu vielen Übelständen Anlaß gegeben; daher trat der Magistrat mit der k. k. n.-ö. Statthalterei in Verhandlung, wobei er von der Ansicht ausging, daß für die Gemeinde Wien keine gesetzliche Verpflichtung bestehe, den Spitalsverwaltungen derartige Verläge zur Verfügung zu stellen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war ein vom Stadtrate am 13. November 1901 genehmigtes Übereinkommen (Statthalterei-Erlaß vom 25. Juli 1901), wonach die Gemeinde Wien nur den kleineren k. k. Krankenanstalten, nämlich dem Kronprinzessin Stefanie-, Wilhelminen-, St. Rochus- und Erzherzogin Sofien-Spitale ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung jährlich einen Verlag von je 200 K unter der Bedingung gewährt, daß diese Verläge nur zur Beteiligung armer, nach Wien zuständiger Refonvalezenten, die während der rauhen Jahreszeit das Spital verlassen, mit Kleidungsstücken und Schuhwerk, nicht aber mit Geld zu dienen haben.

Endlich werden auch in dem Bureau des Gemeinderatspräsidiums und von den Bezirksvorstehern Aushilfen aus den ihnen verfügbaren Mitteln erteilt.

Die von den Armeninstituten gewährten Aushilfen werden durch Vormerkung in dem Beteiligungskataster des Armeninstitutes, die in der Magistratsabteilung für Armenwesen vorgenommenen Beteiligungen durch Eintragung in den Zentral-Armenkataster in Evidenz gehalten. In diesen werden auch die von den Armeninstituten an fremde Arme gewährten Aushilfen eingetragen.

Speziell hinsichtlich der fremdzuständigen Personen mußte für eine genaue und zuverlässige Evidenthaltung der Unterstützungswerber Sorge getragen werden, da nach den Bestimmungen der Novelle zum Heimatsgesetze die Zuständigkeit in der Aufenthalts-gemeinde nur dann ersehen werden kann, wenn der Gesuchsteller der öffentlichen Armenversorgung nicht zur Last gefallen ist. Es wurden besondere Anweisungsformularen angelegt mit Rubriken zur Einsetzung der Familien-, Standes- und Zuständigkeitsdaten; diese Rubriken sind vom Armenrate genau auszufüllen, vom Beamten des Armeninstitutes auf Grund der mitzubringenden Dokumente zu überprüfen, schließlich sind die Formularen an den Magistrat zu leiten.

Bei den Armeninstituten wurden im Jahre 1902 aus Gemeindemitteln Aushilfen im Betrage von 521.758 K 48 h erteilt, und zwar 516.224 K 73 h in Geld (in 74.708 Fällen), der Rest in Naturalien; die Zahl der Beteiligten betrug 40.204 (18.177 männliche, 22.027 weibliche); aus den verfügbaren Stiftungsinteressen, Legaten, Spenden u. wurden daselbst 108.317 K 65 h verteilt.

Zufolge Stadtratsbeschlusses vom 17. November 1898 wird das zur Verteilung an die Armen bestimmte Brennholz (verteilt wurden 690 Raummeter) vor der Abgabe an die Armeninstitute auf dem städtischen Holzlagerplatze im II. Bezirke verkleinert.

In der Magistratsabteilung für Armenwesen wurden 5263 männliche, 4837 weibliche, zusammen daher 10.100 Personen in 13.702 Fällen mit einer Auslage von 132.025 K 73 h vorübergehend beteiligt, darunter befanden sich Unterstützungen aus Stiftungsinteressen, Legaten und Spenden im Betrage von 53.828 K 93 h.

Außerdem wurden in Wien nicht Heimatberechtigte gegen Ersaz von der Heimat-gemeinde in 1340 Fällen mit dem Gesamtbetrage von 8646 K 74 h beteiligt.

Durch das Gemeinderatspräsidium wurden an 3760 Personen (1625 männliche, 2135 weibliche) Gelbushilfen im Betrage von 4 bis 100 K mit einer Gesamtauslage von 28.067 K 04 h verteilt; außerdem erhielten 500 Personen mit einer Auslage von 9680 K Brennholzanzweisungen, die auf 1 bis 2 Raummeter Holz lauten.

Über die von den Bezirksvorstehern durch Sammlungen, Veranstaltung von Bällen und Wohltätigkeitsvorstellungen aufgebrauchten Gelder und ihre Verwendung geben die folgenden Zahlen Aufschluß. Es betrug: die Summe der aufgebrauchten Gelder 71.014 K 33 h, die Zahl der aus diesen Beträgen beteiligten Personen 6693, die Summe der verteilten Geldbeträge 37.633 K 58 h, die Ausgabe für den Ankauf von zur Armenbeteiligung bestimmten Naturalien 19.617 K 77 h, die Summe der verschiedenen Wohltätigkeitsanstalten zugewendeten Beträge 9861 K 15 h.

Seitens der Verwaltungen von Krankenanstalten wurden im Jahre 1902 aus Klingelbeutelgeldern und den Honoraren für ärztliche Befunde 1600 Personen mit zusammen 6328 K 83 h und aus den Interessen der Krankenhausstiftungen 3100 Konvaleszenten mit zusammen 19.457 K 48 h beteiligt. Im Spitale der israelitischen Kultusgemeinde besteht zur Beteiligung austretender armer Konvaleszenten eine Ausschüßkaffe, aus welcher Beteiligungen im Betrage von 14.001 K 82 h vorgenommen wurden; die Zahl der Beteiligten ist nicht bekannt.

Aus den Interessen jener Armenstiftungen, bei denen der Bezug der Interessen kein dauernder ist, sondern die Verteilung von Fall zu Fall an geeignete Bewerber stattfindet (940 mit einem Stiftungskapitale von 15,671.841 K), wurden im Jahre 1902 im ganzen 22.532 Personen mit dem Betrage von 611.735 K vorübergehend beteiligt, und zwar aus Interessen von Stiftungen

in Verwaltung	Personen	mit dem Betrage von
der k. k. n.-ö. Statthalterei	3.718	82.950 K
des n.-ö. Landesauschusses	822	5.590 "
der Gemeinde	12.098	346.673 "
kirchlicher Organe	3.613	44.711 "
weltlicher privater Organe	2.281	131.811 "

Bei der k. k. Polizeidirektion wurden aus Mitteln, die ihr zur Verteilung an Arme zufließen, 1301 männliche und 2411 weibliche, zusammen daher 3712 Personen mit dem Betrage von 28.800 K beteiligt.

Im ganzen wurden daher aus Mitteln der öffentlichen Armenpflege 81.107 Personen mit dem Betrage von 1,304.961 K 60 h vorübergehend beteiligt.

An dieser Stelle soll auch des in Wien sehr umfangreichen Wirkens der Privatarmenpflege gedacht werden. Mit der vorübergehenden Armenbeteiligung beschäftigten sich im Berichtsjahre 203 Vereine mit 55.868 Vereinsmitgliedern. Aus den von ihnen aufgebrauchten Geldbeträgen wurden 49.636 männliche, 60.828 weibliche, daher zusammen 110.464 Personen mit dem Betrage von 1,175.382 K 65 h beteiligt.

Die Gesamtzahl der aus Mitteln der privaten Armenpflege vorübergehend unterstützten Personen betrug 117.958, die Auslagen hiefür bezifferten sich mit 1,372.235 K 30 h.

Es wurden daher aus Mitteln der öffentlichen und der privaten Armenpflege zusammen genommen 199.065 Personen mit dem Betrage von 2,677.196 K 90 h vorübergehend beteiligt.

b) Periodisch wiederkehrende (zeitliche und dauernde) Armenbeteiligung.

1. Erhaltungsbeiträge aus Gemeindemitteln.

Bis zur Ausgestaltung der Armenpflege bestand die Vorschrift, daß Personen, denen wegen voraussichtlich längerer Dauer ihrer Hilfsbedürftigkeit mit vereinzelt Unterstüzungen nicht geholfen werden kann, Pfründen und Erhaltungsbeiträge im Betrage von 6 bis 10 K, ausnahmsweise im Betrage von 20 und 24 K auf die Dauer von 1 bis 2 Jahren erhalten, nach deren Ablauf um Verlängerung des Bezuges angefücht werden konnte.

Nach den Bestimmungen der Armenreform werden in Wien heimatberechtigte Personen, die durch Alter, Krankheit, körperliche oder geistige Gebrechen außerstande sind, für sich und ihre Familie auch nur den notdürftigsten Lebensunterhalt zu erwerben, keinerlei hinreichendes Einkommen und, abgesehen von dem notwendigen Hausrate und Werkzeug, kein Vermögen haben, die aber mit einer entsprechenden Unterstüzung sich noch außerhalb einer Anstalt fortbringen können, periodische Unterstüzungen (Erhaltungsbeiträge) erhalten, die im allgemeinen bis zu dem Höchstbetrage von monatlich 20 K, in besonderen Ausnahmefällen bis zu dem Höchstbetrage von monatlich 30 K bemessen werden dürfen. Erhaltungsbeiträge werden, wenn die Bedürftigkeit wahrscheinlich eine vorübergehende ist, auf die voraussichtliche Dauer derselben, sonst auf Widerruf bewilligt.

Diese periodischen Unterstüzungen werden auf Antrag des Armeninstitutes durch den Magistrat verliehen. Wenn eine im Genuße eines Armenbezuges stehende Person in die Pflege eines öffentlichen Krankenhauses kommt, so wird der für die Dauer dieser Verpflegung entfallende Betrag des Armengeldes an die Anstaltsverwaltung abgeführt.

Zu erwähnen ist der Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 16. April:

Es wird der k. k. n.-ö. Statthalterei Folgendes bekanntgegeben:

1. Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, vom 1. Mai 1902 an für die Verpflegung von Personen, die aus den städtischen Versorgungsanstalten, Armenhäusern und Grundspitälern in eine k. k. Krankenanstalt übergeben werden müssen, die gesamten Geldbezüge dieser Personen dem k. k. Krankenanstaltenfonds als Verpflegungsgebühr zu überlassen, insoweit nicht in den Stiftsbriegen für die Grundspitäler und Armenhäuser gegenteilige Bestimmungen enthalten sind.

Diese Geldbezüge sind jedoch nicht, wie bisher schon vom Spitalseintrittstage der Pfründner, sondern fernerhin erst von dem auf den Spitalseintrittstag folgenden Auszahlungstage des Pfründnerhandgeldes für den k. k. Krankenanstaltenfonds flüssig zu machen.

2. Insoweit die Handgelder von Pfründnern aus Stiftungen bestritten werden, haben sich die Spitalsverwaltungen wegen Flüssigmachung der aus Stiftungen entfallenden Pfründnerbezüge direkt an die Persolventen der betreffenden Stiftungen zu wenden.

Bezüglich der Verpflegung von Wiener Pfründnern in den Anstalten des Landes Niederösterreich gilt der Beschluß des Wiener Magistrates vom 27. Oktober 1898, Z. 234.105, neuerlich kundgemacht mit dem Dekrete vom 22. April 1902, Z. 18.318.

1. Die aus der geschlossenen Armenpflege der Stadt Wien in die Pflege der n.-ö. Landesanstalten abgegebenen Pfründner sind mit dem Tage der Übergabe außer Stand und Gebühr zu bringen.

2. Die Bezüge der in der offenen Armenpflege stehenden (mit Pfründen beteiligten) Armen werden mit dem Tage des Eintrittes in eine n.-ö. Landesanstalt eingestellt und an das Land Niederösterreich keine Pfründenquoten als teilweiser Ersatz der Verpflegskosten mehr abgeführt.

In der Armenabteilung der Stadtbuchhaltung wurden für sämtliche Pfründnergattungen vom Jänner 1902 an, neue Pfründenbeteiligungsbücher für die Jahre 1902 und 1903 geführt und die in den Jahren 1900 und 1901 freigewordenen Beteiligungsnummern wieder vergeben.

In einigen Armeninstituten wurde die Auszahlung der Pfründe verweigert, wenn der Pfründner am bestimmten Auszahlungstage beim Namensaufrufe nicht anwesend war. Der Magistrat hat das Unzulässige dieses Vorganges betont und die Verfügung getroffen, daß solchen Pfründnern an einem der nächsten Tage Gelegenheit gegeben werde, die Pfründe zu beheben.

Im Berichtsjahre bezogen aus den eigenen Geldern der Gemeinde nach dem Stande am Ende des Jahres 24.590 Personen Erhaltungsbeiträge im Gesamtbetrage von 3.486.844 K 42 h. Hievon standen im Genuße einer monatlichen Pfründe von 6 K 4822, von 8 K 3915, von 10 K 4019, von 12 K 3141, von 14 K 2398, von 16 K 4513, von 18 K 97, von 20 K 1488, von 22 K 10, von 24 K 185, von 30 K 2 Personen.

Außer der vorausgewiesenen Auslage wurden für die Verpflegung von in öffentlichen Spitälern und Irrenanstalten untergebrachten Pfründnern an die Verwaltung dieser Anstalten Pfründenquoten im Betrage von 8368 K 21 h abgeführt.

2. Bezüge aus dem Bürgerladfonds.

Mit den Gemeinderatsbeschlüssen vom 29. Jänner 1889 und vom 17. Juli 1891 waren 266 Pfründen zu monatlich 12 K systemisiert worden, mit Präsidialerlaß vom 24. April 1894 wurden an deren Stelle 200 Pfründen zu monatlich 16 K geschaffen. Am Ende des Jahres 1902 bezogen 98 Personen Erhaltungsbeiträge.

Die Ausgaben für die Erhaltungsbeiträge (Pfründen) betragen 17.722 K 03 h.

3. Bezüge aus dem Bürgerospitalsfonds.

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 11. Dezember 1900 wurden 20 Pfründen mit monatlich 36 K, 450 Pfründen mit monatlich 30 K, je 650 Pfründen mit monatlich 24 K, 600 Pfründen mit monatlich 20 K, 200 Pfründen mit monatlich 16 K, im ganzen daher 1920 Pfründen systemisiert. Mit Beschluß des Gemeinderates vom 4. Juni wurde die bisher systemisierte Anzahl der Bürgerospitalsfondspfründen zu 30 K monatlich von 450 auf 500, jener zu 24 K monatlich von 650 auf 700 und jener zu 20 K monatlich von 600 auf 700 vermehrt, dagegen die Anzahl von 20 solchen Pfründen zu 36 K monatlich und jener von 200 zu 16 K monatlich vorläufig unverändert belassen.

Nach dem Stande am Ende des Berichtsjahres bezifferte sich die Gesamtzahl der dauernden Unterstützungen (Pfründen) mit 1707, der Gesamtaufwand dafür mit 506.989 K 75 h. An Zuschüssen wurde aus diesem Fonds ein Betrag von 20.486 K gewährt.

4. Bezüge aus dem Landwehrfonds.

Aus diesem Fonds waren im Vorjahre zwei Stiftplätze mit monatlich 40 K und ein Stiftplatz mit monatlich 60 K besetzt; die Auslagen hiefür betragen 1680 K.

5. Bezüge aus dem Hospitalsfonds.

Aus dem von der k. k. n.-ö. Statthalterei verwalteten Hospitalsfonds werden jährlich 40 Pfründner in den Wiener Versorgungsanstalten erhalten und ebensoviele Personen mit Erhaltungsbeiträgen täglicher 40 h beteiligt. Der Aufwand für diese Erhaltungsbeiträge betrug im Berichtsjahre 5840 K.

6. Dauernde Beteiligung aus Stiftungsinteressen.

Aus den Interessen der zur dauernden Unterstützung bestimmten Armenstiftungen (439 mit einem Stiftungskapitale von 6,493.960 K) wurden im Berichtsjahre 2037 Personen mit Beträgen von 290.310 K beteiligt, und zwar aus Stiftungen

in Verwaltung	Personen	mit dem Betrage von
der k. k. n.-ö. Statthalterei	167	41.450 K
der Gemeinde	1654	188.178 „
kirchlicher Organe	16	994 „
weltlicher privater Organe	200	59.688 „

Es wurden demnach aus Mitteln der öffentlichen Armenpflege 28.259 Personen mit einer Auslage von 4,242.864 K 20 h, aus Mitteln der privaten Armenpflege 216 Personen mit einer Auslage von 60.682 K, im ganzen daher 28.475 Personen mit dem Betrage von 4,303.546 K 20 h dauernd beteiligt.

D. Sorge für obdachlose und für arbeitslose Arme.

Zur zeitweisen Beherbergung obdachloser und zur Beschäftigung arbeitsloser, in Wien heimatberechtigter, jedoch arbeitsfähiger Personen über 14 Jahre, dient das städtische Asyl- und Werkhaus.

Das Asyl bietet Obdachlosen durch 7 Nächte Unterstand, Abendkost und Frühstück; die wiederholte Benützung der Anstalt ist erst nach Ablauf von 3 Monaten statthaft. Im Werkhause erhalten arbeitsfähige Arme die vollständige Versorgung gegen Leistung der ihnen zugewiesenen Arbeiten. Die Aufnahme erfolgt über eigenes Ansuchen der Unterstützungsbedürftigen oder über Weisung des Magistrates oder der k. k. Polizeibehörde; der Austritt aus der Anstalt steht jederzeit frei. Beschäftigt werden die Werkhaus-Pfleglinge teils mit Arbeiten für den eigenen Bedarf der Gemeinde (Anfertigung, Ausbesserung und Reinigung von Gebrauchsgegenständen für Gemeindeanstalten) oder in gewerblichen Arbeiten auf Rechnung privater Besteller.

Die täglichen Verpflegungsauslagen für einen Werkhausarbeiter betragen 34·83 h und für einen Asylpflegling 11·19 h.

Im städtischen Asylhause wurden im Jahre 1902 nach nominativer Zählung 1683 männliche und 119 weibliche, zusammen daher 1802 Personen aufgenommen; die Zahl der Verpflegstage betrug 12.785. Die Gesamtauslagen beziffern sich mit 7873 K, die Verpflegskosten per Kopf und Tag mit 61·58 h gegen 60·74 h im Vorjahre.

Im städtischen Werkhause betrug im Berichtsjahre: der Zuwachs 1296 (1158 männliche, 138 weibliche), der Abgang 1309 (1176 männliche, 133 weibliche), der Stand der Arbeiter am Ende des Jahres 419 (381 männliche, 38 weibliche) Personen. Das Erträgnis der Arbeiten beziffert sich mit 73.962 K 30 h. Die Verpflegskosten pro Kopf und Tag berechnen sich mit 85·31 h gegen 79·83 h im Vorjahre.

Neben dem städtischen Asyl besteht in Wien noch das vom Asylvereine für Obdachlose im III. Bezirke, Blattgasse, errichtete Asylhaus mit einer Abteilung für Männer und einer Abteilung für Frauen. Auf Kosten dieses Vereines wurden innerhalb des Berichtsjahres im Frauenasyle 19.885, im Männerasyle 70.198, im ganzen daher 90.083 Personen beherbergt. Die Zahl der beherbergten Personen ist hier gleichbedeutend mit der Zahl der Frequenzfälle, da von den Aufzunehmenden die Angabe des Namens oder der sonstigen persönlichen Verhältnisse nicht gefordert wird. An die Aufgenommenen wurden 180.166 Portionen Suppe und eben so viele Portionen Brot verteilt. Die Auslagen für die Asylistenverpflegung, Beheizung und Beleuchtung betragen 10.520 K 15 h.

E. Armenkrankenpflege.

a) Armenkrankenpflege außerhalb der Heilanstalten.

1. Armenärztliches Personal.

Die Beforgung des armenärztlichen Dienstes obliegt den städtischen Ärzten für Armenbehandlung und Totenbeschau, den k. k. provisorischen Armenärzten und den für Spezialerkrankungen bestellten Ärzten. Ferner findet eine unentgeltliche Ordination auch in den Ambulatorien der k. k. Krankenanstalten statt. Die städtischen Ärzte für Armenbehandlung und Totenbeschau sind Beamte der Gemeinde und haben die Pflicht, den in ihrem Rayon wohnenden armen Kranken ohne Unterschied, ob dieselben einheimisch oder fremd sind, ärztliche Hilfe angedeihen zu lassen, gleichviel, ob die ärztliche Behandlung in der Wohnung des Kranken oder im Ordinationszimmer stattfindet.

K. k. prov. Armenärzte, die denselben Wirkungskreis wie die städtischen Armenärzte haben, werden seit dem Jahre 1892 nicht mehr bestellt; die Kosten für die Gehalte der dormalen noch in Aktivität befindlichen k. k. prov. Armenärzte zahlt zu zwei Drittel der k. k. Krankenanstaltenfonds, zu ein Drittel die Gemeinde Wien.

In der Beforgung des armenärztlichen Dienstes ergab sich gegenüber dem Vorjahre keine Änderung. Es standen in Verwendung: 60 städtische Ärzte für Armenbehandlung und Totenbeschau, 5 k. k. provisorische Armenärzte, 1 vom k. k. Krankenanstaltenfonds bezahlter k. k. Armenaugenarzt und ein unbesoldeter k. k. Armenohrenarzt.

Die Kosten des armenärztlichen Dienstes betragen 135.121 K 46 h; hievon fielen 124.410 K 35 h der Gemeinde zur Last, 10.711 K 11 h auf die aus dem k. k. Krankenanstaltenfonds zu deckenden Kosten der Remunerationen der k. k. Armenärzte.

Am Anfange des Berichtsjahres war der Stand der unentgeltlich behandelten armen Kranken 3731 (1577 männliche, 2154 weibliche); während des Jahres sind zugewachsen 84.955 Kranke (36.726 männliche, 48.229 weibliche), daher die Gesamtzahl der behandelten Kranken 88.686 beträgt. Hievon wurden 35.746 in der Wohnung der Kranken und 52.940 in der Wohnung des Arztes behandelt. Der Krankenstand am Ende des Jahres betrug 4243 (1749 männliche, 2494 weibliche).

2. Unentgeltliche Beteiligung mit Medikamenten, Bandagen und Optikerwaren.

In Erkrankungsfällen erhalten die in Wien wohnhaften Armen, ohne Rücksicht auf ihre Heimatberechtigung, durch den Armenarzt ihres Rayons die unentgeltliche ärztliche Behandlung und durch ihren Armenrat oder das Armeninstitut Anweisungen auf den Bezug der erforderlichen Medikamente.

Der Kostenersatz für die an nicht in Wien heimatberechtigte, jedoch in einer Gemeinde Österreichs zuständige Arme verabsorgten Medikamente, Bandagen und Optikerwaren wird, wenn er für eine Person und einen Krankheitsfall 2 K übersteigt, von der Heimatgemeinde des Unterstützten angesprochen. Bei Ausländern findet ein Rückerfaz dieser Auslagen auf Grund der Eisenacher Konvention vom 11. Juli 1853 nicht statt.

3. Unterbringung armer Kranker in Heilbädern.

Im k. k. Wohltätigkeitshause in Baden hat die Gemeinde Wien auf Grund des Stiftbriefes dieser Anstalt jährlich 169 Betten, und zwar 50 für Männer, 111 für Frauen und 8 für das Wartepersonal zu belegen; dafür ist sie zufolge Ministerialerlasses vom 20. August 1848 zu einem verhältnismäßigen Beitrage zur Deckung der Kosten der Anstalt verpflichtet. Die Pflinglinge der Gemeinde, welche in drei Kurperioden

— beginnend vom 15. Mai, 1. Juli und 15. August — von je sechswöchentlicher Dauer in der Anstalt untergebracht werden, erhalten nebst den Bädern auch die erforderliche ärztliche Behandlung, sowie Kost und Wohnung unentgeltlich. Im Berichtsjahre wurden in dieser Anstalt auf Kosten der Gemeinde 454 Personen (168 Männer und 286 Frauen) mit einer Ausgabe von 22.689 K 08 h untergebracht.

Auch im Hermann Todesco'schen Hospiz in Weitersdorf bei Baden hat der Bürgermeister von Wien das Recht, über 10 Plätze für Kranke christlicher Religion zu verfügen. Die in diese Anstalt aufgenommenen Personen müssen sich auf eigene Kosten verpflegen. Im Berichtsjahre wurden auf Anweisung des Magistrates über Ermächtigung des Bürgermeisters in drei Kurperioden 30 Personen daselbst aufgenommen.

Endlich wird auch im Armenbad=Spitale zu Hall in Oberösterreich jährlich eine Anzahl erwachsener armer Kranker auf Kosten der Gemeinde Wien verpflegt. Die Kosten betragen per Kopf und Tag 1 K 60 h. Im Jahre 1902 waren dort von der Gemeinde Wien 82 Personen (19 männliche, 63 weibliche), mit einem Aufwande von 4337 K 60 h untergebracht.

Im Spitale für arme skrofulöse Kinder in Baden sind zufolge Übereinkommens vom 27. Mai 1884 für die Gemeinde Wien 12 Plätze reserviert, die während der Kurzeit mehrmals besetzt werden. Die Kurdauer beträgt in der Regel 42 Tage. Im Berichtsjahre wurden in dieser Anstalt 28 Kinder (17 männliche, 11 weibliche) auf Kommunalplätzen untergebracht. Die Gesamtauslage der Gemeinde für die Verpflegung und Beförderung der Kinder nach Baden und zurück, sowie für die Remuneration der Wärterinnen betrug 2345 K 38 h. Von den verschiedenen Krankheitsformen werden Weinhaut-, Gelenks- und Knochenkrankheiten sowie chronische Ekzeme am günstigsten beeinflusst.

Skrofulöse Kinder im Alter von 4 bis 14 Jahren fanden ferner Aufnahme im Kaiserin Elisabeth=Kinderospitale in Hall. In dieser Anstalt beträgt die Kurdauer durchschnittlich 45 Tage. Im Berichtsjahre wurden daselbst 68 Kinder (20 männliche, 48 weibliche) verpflegt. Die Gesamtauslage betrug 4620 K; hievon bestritt die Gemeinde 3780 K, während der Betrag von 840 K auf die Theodor und Rosina Tümal=Stiftung entfiel. Die Reisekosten für die Kinder wurden, wie auch in früheren Jahren vom Kaiserin Elisabeth=Kinderhospital=Vereine bestritten. Günstig beeinflusst werden von der Kur skrofulöse Augen-, Knochen-, Gelenks- und Hauterkrankungen, sowie Halsdrüsenanschwellungen.

In das Seehospiz in Grado entsendete der Magistrat im Berichtsjahre 70 Kinder (40 männliche, 30 weibliche) auf die Dauer von 60 Tagen. Von diesen Kindern wurden 40 für Rechnung der eigenen Gelder, 26 für jene der Tümal=Stiftung, die übrigen Kinder teils für Rechnung der Dr. Hardtschen Stiftung, teils für Rechnung des Goldschmiedtschen und Wohlshajkschen Legates verpflegt; die Auslagen der Gemeinde hiefür betragen 5503 K 81 h, die Gesamtauslagen 9655 K 58 h. Durch den Kurgebrauch werden Blutarmut, Drüsenanschwellungen, Knochen- und Weinhautentzündungen günstig beeinflusst.

In das Seehospiz in Triest mit einer Kurdauer von 100 bis 110 Tagen wurden im Berichtsjahre 65 (28 männliche, 37 weibliche), hievon 50 auf Rechnung der Gemeinde, 15 auf jene der Tümal=Stiftung, und zwar vorwiegend mit Knochen- und Gelenkentzündungen, Hautgeschwüren, Drüsenanschwellungen, sowie mit Augenentzündungen behaftete Kinder abgegeben. Die Auslagen der Gemeinde Wien betragen 11.618 K 22 h; die Gesamtkosten 15.113 K 38 h.

Im Maria Theresia-Seehospize in San Pelagio, welches sich infolge seiner Lage sowie der besonderen therapeutischen Einrichtungen vorwiegend zur Dauerbehandlung der schwierigsten Formen der Skrofulose, Knochen- und rhachitischen Erkrankungen eignet und demzufolge auch stets die schwersten Patienten dieser Art aus allen Gegenden der Monarchie beherbergt, wurden im Berichtsjahre für Rechnung der Gemeinde 20 Plätze gegen eine tägliche Verpflegungsgebühr von 1 K 60 h per Kopf mit hier zuständigen Kindern besetzt gehalten, während der Verein, der das Hospiz erhält, außerdem noch 10 in Wien nicht heimatberechtigte, jedoch hier wohnhafte Kinder über Vorschlag des Magistrates unentgeltlich verpflegt. Auf Kosten der Gemeinde wurden im Berichtsjahre 58 Kinder (30 männliche, 28 weibliche) mit einem Aufwande von 8801 K 28 h verpflegt.

Im Kaiser Franz Josef-Kinderhospize in Sulzbach bei Ischl, welches gleich jenem in Pelagio von dem Vereine zur Errichtung und Förderung von Seehospizen und Asylen erhalten wird und den Zweck hat, rhachitische, skrofulöse, sowie an Schwächezuständen leidende Kinder in Behandlung zu nehmen, wurden im Berichtsjahre 10 Plätze auf Kosten der Gemeinde Wien und 6 Plätze auf Rechnung der Tümal-Stiftung dauernd besetzt gehalten; außerdem wurden 8 vom Magistrate vorgeschlagene, in Wien nicht heimatberechtigte, aber daselbst wohnhafte Kinder unentgeltlich verpflegt. Im ganzen wurden in diesem Hospize 86 Kinder (36 männliche, 50 weibliche) mit einem Gesamtaufwande von 6414 K 16 h verpflegt.

Im Ladislaus-Kinderheim zu Cirkevence im kroatischen Küstenlande wurden im Berichtsjahre abermals 40 Plätze (25 Knaben, 15 Mädchen) in der Zeit vom 2. Mai bis 14. Juli besetzt gehalten; die Kosten wurden aus der Tümal-Stiftung bestritten und betragen insgesamt 6677 K 91 h. Die Kurverfolge waren dieselben wie in Grado.

Auf Kosten der Tümal-Waisenstiftung wurden weiters anfangs Dezember 1902 zu einem hunderttägigen Kurzgebrauch 20 Kinder (14 Knaben, 6 Mädchen) in das Ladislaus-Kinderheim zu Cirkevence, und 10 Kinder (9 Knaben, 1 Mädchen) nach San Pelagio entsendet; dieselben waren zu Lungenkrankheiten neigende Patienten. Mit Ausnahme eines Kindes, welches starb, kamen alle in bedeutend gebesserterem und gekräftigtem Zustande zurück. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 6347 K 33 h.

b) Armenkrankenpflege innerhalb der Heilanstalten.

Da die Vermögensschaften, welche früher zur Spitalpflege armer Kranker gewidmet waren, von den übrigen Armenfonds ausgeschieden und zu einem k. k. Krankenhausfonds vereinigt wurden, so fallen die Kosten der Spitalpflege Armer nicht der Gemeinde, sondern diesem Fonds, und soweit er nicht ausreicht, dem niederösterreichischen Landesfonds zur Last. Es werden daher nur jene Kranken, die sich wegen der Unheilbarkeit ihres Leidens für die Heilbehandlung nicht eignen und ebenso jene Geheilten, die sich nicht selbst überlassen werden können und nicht von ihren Angehörigen übernommen werden, aus den öffentlichen Krankenanstalten in die Fürsorge der Gemeinde übergeben, die über sie nach den Bestimmungen des Heimatgesetzes weiter zu verfügen, das heißt, sie entweder in eigener Pflege zu behalten oder an ihre Angehörigen oder ihre Heimatgemeinde abzugeben hat.

Im Jahre 1902 wurden	unentgeltlich verpflegt			unentgeltlich ambulatorisch behandelt Personen
	Personen	durch Tage	mit einer Auslage von K	
a) in den in Verwaltung des Staates stehenden Anstalten.	50.170	1,273.389	2,546.778	246.537
b) in der n.-ö. Landes-Stren- anstalt	1.387	195.567	430.247	—
c) in der n.-ö. Landesgebär- anstalt	11.213	.	428.447	—
d) in den aus Mitteln der Privatwohltätigkeit erhaltenen Krankenanstalten	13.734	305.613	890.456	138.475
e) in den aus Mitteln der Privatwohltätigkeit erhaltenen Rekonvaleszentenhäusern	1.403	.	80.392	—
f) in den aus Mitteln der Privatwohltätigkeit erhaltenen Kranken-Ordinationsinstituten	—	—	—	128.919

Die Auslage für die letztgenannten Institute betrug 135.294 K 17 h. —

Die Auslagen für die Beerdigung mittelloser Personen werden unter den Sanitätsauslagen verrechnet und sind daher hier nicht anzuführen. Auf Kosten des St. Josef von Arimathäa-Vereines, welcher Arme unentgeltlich beerdigt, wurden im Berichtsjahre 2973 Personen beerdigt. Die Auslagen für deren Bestattung betragen 11.871 K 38 h.

F. Armenkinderpflege.

Die Armenkinderpflege stützt sich gleich der Pflicht der Armenversorgung überhaupt auf die Bestimmungen des IV. Abschnittes des Heimatgesetzes vom 3. Dezember 1863, R.-G.-Bl. Nr. 105 und wurde gleich der Armenpflege für erwachsene Personen mit den durch Stadtratsbeschluß vom 21. Mai 1902, Z. 5702, genehmigten „Vorschriften für die Armenpflege der Gemeinde Wien“ neu kodifiziert.

Dieselbe erfolgt — je nachdem, ob die Kinder der Familienfürsorge nur teilweise oder gänzlich entbehren — durch Gewährung von Erziehungsbeiträgen, Waisengeldern, durch Unterbringung in Kostpflege oder in einer Anstalt.

a) Vorsoorge durch Erziehungsbeiträge und Waisengelder.

Erziehungsbeiträge von monatlich 4 K werden für nicht verwaisste Kinder, die in Wien heimatberechtigt und bei ihren Eltern oder Verwandten untergebracht sind, dann bewilligt, wenn auf Grundlage der Erhebungen der lokalen Armenbehörden (in Wien der Armeninstitute) sichergestellt ist, daß wegen Armut der Erhaltungspflichtigen ohne eine solche Unterstützung für die Kinder nicht ausreichend gesorgt werden kann.

Nach dem Stande mit Ende des Berichtsjahres betrug die Zahl der mit solchen Erziehungsbeiträgen beteiligten Kinder 3798 (1905 männliche, 1893 weibliche), mit einem Aufwande von 216.217 K.

Bei verwaissten Kindern wird unter den gleichen Voraussetzungen Waisengeld von monatlich 6 K bis 10 K gewährt; die analogen Ziffern lauten: 2461 (darunter 1203 männliche, 1258 weibliche) mit einem Aufwande von 216.132 K.

Dabei wird in der Regel daran festgehalten, daß die Erhaltungspflichtigen wenigstens für ein Kind ohne fremde Beihilfe ausreichend sorgen können.

b) Unterbringung in Kostpflege.

In allen jenen Fällen, in denen Kinder gänzlich verwaist oder verlassen sind, bzw. in denen die Eltern oder Verwandten das Kind auch mit einem Erziehungsbeitrag (Waisengeld) nicht erhalten können, wie Erwerbs- und Unterstandslosigkeit, Delogierung, Spitalspflege oder Inhaftnahme eines oder beider Elternteile u. a. m., wird — falls nicht Anstaltspflege eintritt — durch Unterbringung in magistratischer Kostpflege vorgesorgt. Hierbei werden als Pflegeparteien nur Personen angenommen, von denen eine ordentliche Verpflegung und Erziehung erwartet werden kann und die sich den jeweiligen Anordnungen der Gemeinde bezüglich der Überwachung der Pflegeverhältnisse unterwerfen.

Das Kostgeld beträgt in der Regel 16 K, kann jedoch in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen bis auf 24 K erhöht werden; dabei wird an dem Grundsatz festgehalten, die Kinder in Wien unterzubringen, und zwar einerseits wegen der leichteren Aufsicht, sowie wegen der besseren Schulverhältnisse, andererseits, um die hiermit verbundenen ökonomischen Vorteile Wiener Familien zuzuwenden, wenn auch nicht verkannt wird, daß die Verpflegung auf dem Lande billiger zu stehen käme. Die Zahl der bei Pflegeparteien untergebrachten Kinder bezifferte sich am Ende des Berichtsjahres mit 2149 (darunter 1231 männliche, 918 weibliche), davon 270 außerhalb Wiens. Die Auslagen für Kostgelder betragen 391.370 K.

Obzwar die Unterbringung von Kindern in verschiedenen nicht städtischen Anstalten, als: Stephaneum, Norbertinum und klösterlichen Anstalten sich als eine Art der Kostpflege darstellt, indem diese Anstalten die Stelle einer Pflegepartei vertreten und das für Privatparteien normierte Kostgeld in der gleichen Weise wie diese beziehen, soll mit Rücksicht auf die doch in ganz anderer Art erfolgende Erziehung an späterer Stelle von denselben gesprochen werden.

Die Zahl der Privatpflegeparteien war Ende des Berichtsjahres 2017; sie werden durch die Armenräte (Waisenväter und Waisennütter) und die städtischen Ärzte überwacht; wenn gegen die Pflege Klagen an den Magistrat gelangen und sich als berechtigt erweisen, so wird im kurzen Wege der Pflegewechsel vorgenommen.

Zufolge des Gemeinderatsbeschlusses vom 1. Februar 1888 haben die Pflegeparteien aus dem Kostgelde auch die Bekleidung ihrer Pfleglinge zu bestreiten; doch kann in dringenden Fällen für Kinder, die vom Magistrate in die Kostpflege gegeben werden und mangelhaft bekleidet sind, sowie für bereits in Kostpflege befindliche Kinder, deren Pflegeeltern arm sind, sich aber sonst entsprechend erwiesen haben, die Kleidung in natura beigelegt werden. Den Pflegeparteien werden zur Anschaffung von Kleidern für die Kostkinder auch aus Spenden, namentlich der I. österreichischen Sparkasse, sowie aus Stiftungsgeldern und aus dem Waisenfonds Geldbeträge verabsolgt; ebenso werden viele Kostkinder bei den von Wohltätigkeitsvereinen oder von den Armeninstituten veranstalteten Weihnachtsteilnahmen mit Kleidungsstücken versehen. Außerdem werden, und zwar im Maße der strengen Notwendigkeit, auch die dem Asyle für verlassene Kinder zugestellten armen Kinder bekleidet.

Im Berichtsjahre wurden bekleidet: 426 dem Asyle für verlassene Kinder zugeführte Pfleglinge mit einem Kostenaufwande von 7815 K 53 h, ferner 779 städtische Kostkinder mit einem Kostenaufwande von 17.496 K 13 h, daher im ganzen 1205 Kinder mit einem Aufwande von 25.311 K 66 h.

Von der Beteiligung armer Kinder mit Vermitteln ist im Abschnitte XXIV „Unterrichtswesen“ die Rede.

An dieser Stelle soll noch das die öffentliche Armenpflege in hohem Maße unterstützende Wirken der zahlreichen in Wien bestehenden Vereine für Armenkinderbeteiligung (1902: 282 mit 37.329 Vereinsmitgliedern) hervorgehoben werden. Im Berichtsjahre wurden aus Vereinsmitteln 26.696 Kinder mit einem Aufwande von 532.899 K betieilt. In der Gesamtzahl der betieilten Kinder sind auch 8792 vom Zentralvereine zur Beköstigung armer Schulkinder beköstigte Kinder mit inbegriffen; die Auslage für deren Beköstigung betrug 111.065 K. Der genannte Verein erhält von der Gemeinde eine Subvention von 70.000 K jährlich.

c) Anstaltspflege.

1. Städtisches Asyl für verlassene Kinder.

Im Berichtsjahre wurden im städtischen Asyl für verlassene Kinder 496 Knaben und 308 Mädchen, zusammen also 804 Kinder durch 2038 Tage mit einem Aufwande von 13.521 K 15 h verpflegt; von den verpflegten Kindern waren 452 in Wien heimatberechtigt.

Die Renovierungsarbeiten im Berichtsjahre wiesen ein Gesamterfordernis von 145 K auf.

2. Städtische Waisenhäuser.

Die Aufnahme in diese Anstalten setzt das Heimatrecht in Wien, das schulpflichtige Alter und die doppelte oder wenigstens die Verwaisung seitens des Vaters, bei unehelichen Kindern jene seitens der Mutter voraus.

Zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 11. März 1902, Z. 2357 können aber Kinder, auch wenn sie nicht im Sinne des Gesetzes als Waisen gelten, jedoch von ihren Angehörigen verlassen sind, in den städtischen Waisenhäusern auf Rechnung der Gebahrungsüberschüsse der kumulativen Waisenkassen verpflegt werden.

Die Kinder erhalten in den Waisenhäusern die vollständige Verpflegung, sowie eine sittlich-religiöse Erziehung.

Die Gemeinde Wien besitzt gegenwärtig 8 Waisenhäuser, deren sieben einen Belegraum für je 100 Kinder haben, während das achte, das sich in den beschränkten Räumlichkeiten des bestandenen Armenhauses der ehemaligen Vorortegemeinde Unter-Meidling im XII. Bezirke befindet, nur 50 Kinder aufnehmen kann.

Von den bestehenden Waisenhäusern sind vier ausschließlich zur Aufnahme von Knaben, drei für Mädchen und eines — jenes in Klosterneuburg — zur Unterbringung von Knaben und Mädchen bestimmt. Die Zahl der Zöglinge betrug am Ende des Berichtsjahres 714 (439 männliche, 275 weibliche), die Zahl der Verpflegstage während des Jahres 250.766, die Summe der Auslagen 443.537 K 16 h; die Verpflegskosten per Kopf und Tag bezifferten sich mit 1 K 84 h.

Der Gesundheitszustand der Waisenhauszöglinge war auch im Berichtsjahre entsprechend günstig; vorübergehende Erkrankungen wurden im Hause selbst, und zwar in besonderen Krankenzimmern behandelt, während schwerer oder infektiös Erkrankte an die öffentlichen Spitäler abgegeben werden; übrigens hat jedes Waisenhaus seinen eigenen Arzt, dessen Pflichtenkreis in einer besonderen Instruktion genau umschrieben ist. Die Zahnpflege in den städtischen Waisenhäusern hatten die Zahnärzte Dr. Anton Binder, Dr. Ritter v. Sauer, Dr. Alexius Poßvek, Dr. Heinrich Reschofsky und Dr. Friedrich Turnovskij in der selbstloosesten Weise mit bestem Erfolge übernommen.

Die Sorge der Gemeinde für ihre Waisen endet mit Absolvierung der normalen Schulpflicht, also mit dem Ende des 14. Lebensjahres; doch können zufolge des Gemeinderatsbeschlusses vom 11. März 1902 Waisenhauszöglinge, wenn sie zur Abgabe in einen Dienst oder in eine Lehre zu schwach sind und keine moralischen Bedenken obwalten, auch über das 14. Lebensjahr in den städtischen Waisenhäusern verbleiben, doch äußerstenfalles nur bis zum 18. Lebensjahre. Die Waisenhausväter haben nicht nur die Pflicht, für die Unterbringung ihrer austretenden Zöglinge in eine Lehre, beziehungsweise der Mädchen in einen Dienst und dergleichen zu sorgen, sondern sie sollen dieselben auch nach deren Austritt aus der Anstalt nicht aus dem Auge lassen und daher auch zeitweilig besuchen. Aus der Lehre tretende, ehemalige Waisenhauszöglinge haben Anspruch auf das Freigewand, die Mädchen auf die sogenannte Ausstattung; ersteres wurde im Berichtsjahre an 75 Knaben mit einem Kostenaufwande von 7200 K, letztere an 31 Mädchen mit einem Gesamtkostenaufwande von 2764 K verabsolgt.

Von baulichen Herstellungen und Anschaffungen in den städtischen Waisenhäusern sind im Berichtsjahre zu erwähnen:

Im I. städtischen Waisenhause, VII., Kaiserstraße Nr. 93, wurden die Decken im Lehrsaale und in der Wohnung des Waisenhausleiters ausgewechselt und Adaptierungsarbeiten mit einem Gesamtkostenaufwande von 2197 K vorgenommen.

Im II. städtischen Waisenhause, V., Gaffergasse Nr. 1, erforderten die baulichen Herstellungen einen Aufwand von 1331 K im III. städtischen Waisenhause, IX., Galileigasse Nr. 8, einen solchen von 725 K.

Im IV. städtischen Waisenhause, X., Laxenburgerstraße Nr. 43, wurden Weißigungs- und Färbearbeiten sowie die Erneuerung des Anstriches vorgenommen und hiefür im ganzen 1812 K aufgebraucht.

Im V. städtischen Waisenhause in Klosterneuburg wurden ebenfalls Färbearbeiten vorgenommen, sowie in einigen Räumen neue Brettelböden gelegt; Gesamtaufwand für diese und diverse kleinere Arbeiten 5227 K. Für die Lieferung von neuen Schlimpschen Schulbänken wurden 518 K verausgabt.

Im VI. und VII. städtischen Waisenhause, VIII., Josefstädterstraße Nr. 93, erforderten die Instandsetzungsarbeiten einen Aufwand von 2248 K und im VIII. städtischen Waisenhause, XII., Bierthalergasse Nr. 15, einen solchen von 1764 K.

3. Verpflegung von Kindern in nicht städtischen Anstalten.

Hier kommt in erster Linie die niederösterreichische Landes-Findelanstalt in Betracht. In dieser finden auf Rechnung des Magistrates solche Kinder bis zu 6 Jahren Aufnahme, welche „wegen Verhaftung ihrer Eltern oder anderer die Aufnahme in normalmäßige Findelpflege nicht begründenden Verhältnisse bloß vorübergehend“ unterzubringen sind und bei denen diese zeitweise Unterbringung an Stelle der Armenversorgung tritt. (§ 7 des Gesetzes vom 29. Februar 1868, N.-G.-Bl. Nr. 15.) Diese Kinder werden entweder durch die k. k. Polizeikommissariate oder die Armeninstitute an die Findelanstalt abgegeben. Das normierte Pflegegeld beträgt zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 13. Jänner 1891, ohne Rücksichtnahme auf das Heimatrecht, für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre 16 K pro Monat und für Kinder vom dritten Lebensjahre an 12 K per Monat.

Die Zahl der in der niederösterreichischen Landes-Findelanstalt auf Kosten der Gemeinde verpflegten Kinder betrug im Berichtsjahre 923, die Auslagen für sie 152.525 K 47 h. Die für nicht zuständige Kinder aufgelaufenen Kosten werden von den betreffenden Heimatgemeinden oder von zahlungsfähigen Verwandten der Kinder zum Rückersatze angesprochen.

Zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 14. Februar 1902, Z. 1564, wurde der Antrag des n.-ö. Landesauschusses, nach Wien zuständige, krüppelhafte Kinder, welche zum Schulbesuche nicht geeignet sind, gegen eine ermäßigte Gebühr von 70 h per Kopf und Tag zu übernehmen und sie sonach in Anstalten unterzubringen, angenommen.

Im k. k. Waisenhause in Wien wurden auf die daselbst bestehenden Freiherr von Chavosschen Stiftplätze, bezüglich welcher der Gemeinde das Recht der Präsentation an die k. k. n.-ö. Statthalterei zusteht, während des Berichtsjahres 10 Knaben im Sinne des Stiftbriefes neu aufgenommen.

In Privatanstalten war auch im Berichtsjahre eine Anzahl von Kindern gegen ein entsprechendes Kostgeld (in der Regel 16 K per Monat) untergebracht, und zwar: In den Anstalten des katholischen Waisenhilfsvereines a) Knabenwaisenhaus „Norbertinum“ in Tullnerbach 22 Knaben, b) Mädchenwaisenhaus „Stephaneum“ in Biedermansdorf 8 Mädchen, c) „Liebfrauenheim“, Wien, XIII. Bezirk, 3 Kinder; im Waisenhaus des evangelischen Waisenhilfsvereines 5 Knaben; im Knabenasyle des St. Josef-Vinzenz-Wohltätigkeitsvereines (Vinzentinum), Wien, XV., Tellgasse Nr. 3/5 31 Knaben; im St. Josef-Kinderasyle Wien, XIII., Breitenfelderstraße Nr. 104 10 Mädchen; in den Erziehungshäusern des Wiener Schutzvereines zur Rettung verwahrloster Kinder, Wien, XIII., St. Veitgasse Nr. 25, bezw. Ernstbrunn 12 Kinder; im Waisenhaus „Mater misericordiae“ des Maria Elisabeth-Vereines Wien, XV., Klementingasse Nr. 25 7 Mädchen; im Kloster der Barmherzigen Schwestern vom hl. Karl Borromäus Wien, VII., Bernardgasse Nr. 27 8 Knaben; im Kloster der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul (Institut) Wien, VI., Gumpendorferstraße Nr. 108 21 Mädchen; im Kloster der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul (Kongregation) Wien, XVIII., Antonigasse Nr. 72 4 Mädchen; in der Erziehungsanstalt der Schwestern vom armen Kinde Jesu Wien, XIX., Hauptstraße Nr. 83 3 Mädchen; in der Erziehungsanstalt „Herz Maria-Kloster“ der Töchter der göttlichen Liebe XVIII., Lacknergasse Nr. 87 2 Mädchen; im Waisenhaus der armen Schulschwestern De notre Dame Wien, XV., Friesgasse Nr. 4–8 4 Mädchen; im Waisenhaus der Barmherzigen Schwestern vom hl. Kreuze in Krems 4 Mädchen, ferner in Oberösterreich Kloster Gosau 9 Mädchen; im Erzherzogin Marie Valerie-Kinderasyl in Wels 8 Kinder und im St. Annen-Waisenhaus in Steyr 13 Kinder.

In der städtischen Kinderbewahranstalt XVII., Röhrgasse betrug im Berichtsjahre die Zahl der Kinder 525 (260 männliche, 265 weibliche), die Auslage 6908 K.

Auch auf dem Gebiete der Armenkinderpflege innerhalb der Anstalten ist das Wirken der Privatwohltätigkeit hervorragend. So wurden im Berichtsjahre in den aus Privatmitteln erhaltenen Anstalten zur bloß zeit- oder teilweisen Verpflegung armer Kinder (Kinderbewahranstalten, Krippen, Kinderhorte, Ferienkolonien) 13.145 Kinder mit einer Auslage von 421.528 K 38 h; in Anstalten für die Verpflegung verwaister Kinder 1126 Kinder mit einer Auslage von 434.360 K 62 h; in Anstalten für die Verpflegung nicht verwaister, vollsinniger Kinder 304 Kinder mit einer Auslage von 127.614 K 92 h, endlich in Anstalten für die Verpflegung nicht vollsinniger oder verwahrloster Kinder 234 Kinder mit einer Auslage von 144.313 K 03 h,

umentgeltlich verpflegt, wobei in den außerhalb Wiens befindlichen Anstalten nur jene Zöglinge mitgezählt wurden, welche auf Kosten der Gemeinde verpflegt, oder in Wien heimatberechtigt, beziehungsweise wohnhaft waren.

An dieser Stelle möge auch der Legate, Spenden u. für arme Kinder dankend gedacht werden und wäre außer der Sparcassenspende für Bekleidungs zwecke noch das hochherzige Therese Feyerfeil-Legat von 18.000 K für 30 Waisenkinder der Stadt Wien hervorzuheben.

G. Armenversorgung.

Zur Versorgung der Armen, denen auch mit einer regelmäßigen Geldunterstützung nicht genügend geholfen werden kann, dienen die Grundarmenhäuser, Grundspitäler, die Armenhäuser der ehemaligen Vorortegemeinden und die städtischen Versorgungshäuser. Das Bestreben des Magistrates wird namentlich nach Errichtung des neuen Versorgungshomes im XIII. Bezirke dahin gerichtet sein, die Grundarmenhäuser und Grundspitäler nach und nach aufzulassen.

a) Grundarmenhäuser.

Diese dienen zunächst bloß zur Beherbergung armer Personen. Die Auslagen für die Gebäude, die Einrichtung, Beheizung und Beleuchtung werden teils aus Stiftungsinteressen, teils von der Gemeinde bestritten. Die Verwaltung der Grundarmenhäuser obliegt den Bezirksvorstehern.

Derzeit bestehen noch die Grundarmenhäuser im III. Bezirke, Rochusgasse Nr. 8, im III. Bezirke, Gestettengasse Nr. 2 und im V. Bezirke, Pilgramgasse Nr. 3. In diesen 3 Armenhäusern waren am Ende des Berichtsjahres 87 Personen untergebracht. Die von der Gemeinde für diese Grundarmenhäuser bestrittenen Kosten beliefen sich ausschließlich der den Inassen gewährten Erhaltungsbeiträge auf 5971 K 96 h.

b) Grundspitäler.

Gegenwärtig besteht noch ein Grundspital im II. Bezirke, Am Werd Nr. 19. Der Stand der Pfleglinge betrug im Berichtsjahre 90, der Aufwand der Gemeinde 16.792 K 82 h.

Zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 26. Oktober 1900 wurde der Umbau des früheren Grundspitales im VI. Bezirke, Gumpendorferstraße Nr. 106, verfügt. Zufolge Stadtratsbeschlusses vom 13. September 1901, Z. 10.085, werden in dem neuen Gebäude arme Personen nicht mehr untergebracht. Die Pfleglinge des Grundspitales beziehen Erhaltungsbeiträge.

c) Armenhäuser der ehemaligen Vorortegemeinden.

Bei der Einverleibung der Vorortegemeinden im Jahre 1890 wurden auch die Armenhäuser dieser Gemeinden in die Verwaltung der Stadt Wien übernommen. Die Verwaltung wurde den Armeninstituts-Vorstellungen übertragen. Da für diese Anstalten nur wenige Stiftungen bestanden, müssen sie fast ausschließlich aus Gemeindemitteln erhalten werden. Die Inassen der Armenhäuser erhalten nebst Unterstand, Beheizung, Beleuchtung und Kleidung eine Verpflegungsgebühr von täglich 52 h und monatlich 1 K 20 h zur Bestreitung der Wäschereinigung.

Im Berichtsjahre bestanden noch 13 Vorortearmenhäuser; im XV. Bezirke eines, im XI., XIII. und XVI. Bezirke je zwei und im XVIII. und XIX. Bezirke je drei. Am Ende des Jahres waren daselbst 334 Personen, die Auslagen der Gemeinde bezifferten sich mit 100.139 K 94 h.

d) Versorgungshäuser.

Zur vollständigen Versorgung jener Personen, welche der Anstaltspflege bedürfen, dienen die städtischen Versorgungshäuser. Die Gemeinde Wien besitzt ein Bürgerversorgungshaus in Wien für 540 Personen und fünf allgemeine Versorgungshäuser, eines in Wien für 2045, eines in Liesing für 835, eines in Döbbs für 795, eines in Mauerbach für 610 und eines in St. Andrä a. d. Traisen für 303 Personen.

Mit dem Stadtratsbeschlusse vom 11. April 1901 wurde genehmigt, daß alle im Bürgerversorgungshause entbehrlichen und verfügbaren Räumlichkeiten zur vorübergehenden Unterbringung von Versorgungsfondspründern zu verwenden sind. In Ausführung dieses Beschlusses wurden im Berichtsjahre im Bürgerversorgungshause 60 (gesunde) städtische Pründer in vier entbehrlichen Zimmern untergebracht. Eine Entschädigung an den Bürgerhospitalfonds wird nicht geleistet.

Auf Grund des zitierten Stadtratsbeschlusses wurde auch das städtische Haus, XIV., Prinz Karlgasse Nr. 7 zu einer provisorischen Zweiganstalt (bis zur Fertigstellung des neuen Versorgungsheims im XIII. Bezirke) für 120 Pründer eingerichtet; dieselbe kam jedoch bisher noch nicht zur Benützung.

Wichtig ist der Gemeinderatsbeschuß vom 21. Mai:

1. Die Gemeinde macht von dem ihr in dem § 1 der Statuten für die Landesanstalten in Mauer-Döbling und Döbbs eingeräumten Rechte, in der öffentlichen Armenpflege stehende, einer Irrenanstaltsbehandlung jedoch nicht bedürftige Geistesranke gegen Bezahlung der nach dem § 13 vom n.ö. Landtage festgesetzten Verpflegungsgebühren an diese Landesanstalten zur Pflege abzugeben, Gebrauch.

2. Der Vorschlag des Landesausschusses, die Gemeinde Wien möge ein für allemal ihre Zustimmung erteilen, daß die Veretzung der in der Folge in Mauer-Döbling und Döbbs als heilbar oder als unheilbar und gemeinschädlich zur Aufnahme gelangenden, in Wien heimatberechtigten armen Geistesranke, deren Unheilbarkeit oder Harmlosigkeit sich nach angemessener Beobachtung oder Behandlung erweist, in die Kategorie der Kolonisten oder Geistesranke durch die Direktion dieser Anstalten verfügt und der Magistrat lediglich davon in Kenntnis gesetzt wird, mit welchem Tage die Verpflegung des Betreffenden auf Rechnung des Siechenhausfonds gegen die von der Gemeinde Wien zu leistende Teilzahlung eingetreten ist, wird mit dem Besatze genehmigt, daß dieser Anzeige jedesmal ein ärztliches Parere anzuschließen ist, worin diese Veretzung ihre Begründung findet.

3. Unmittelbar in die Abteilungen für Kolonisten und Geistesranke dürfen arme, in Wien zuständige Geistesranke erst nach eingeholter Zustimmung des Wiener Magistrates aufgenommen werden.

4. Die Mitteilung des n.ö. Landesausschusses, daß Ende Juli und anfangs August 1902 195 Pfleglinge des Versorgungshauses in Döbbs in die Pflege der Landesanstalten übernommen werden können, wird zur Kenntnis genommen und der Magistrat wird beauftragt, die erforderlichen Vorkehrungen zur Übergabe zu treffen; der Magistrat wird weiters ermächtigt, diese Übergabe auch vor der angegebenen Zeit durchzuführen und künftighin nach Bedarf und Möglichkeit alle für die Spezialanstalten des Landes geeigneten, in der Armenversorgung der Stadt Wien stehenden Personen in die Pflege des Landes abzugeben.

Die Durchführung dieses Beschlusses hatte zur Folge, daß die Versorgungsanstalten, die namentlich infolge der Heimatsgesetznovelle zum Teile schon bedeutend überfüllt waren, ausgiebig evakuiert werden konnten.

Für die Überwachung der städtischen Humanitätsanstalten besteht eine aus 15 Mitgliedern zusammengesetzte, gemeinderätliche Kommission. In der Sitzung vom 24. Juni hat dieselbe folgende Anordnung beschloffen:

1. Alle Agenden, die Humanitätsanstalten betreffen, sollen zuerst der Kommission zur Vorberatung und Begutachtung zugewiesen werden.

Im Falle die Angelegenheit besonders dringlich ist, so daß die Beschlußfassung der Kommission nicht mehr rechtzeitig eingeholt werden kann, soll wenigstens das Gutachten jener Mitglieder der Kommission eingeholt werden, denen die betreffende Anstalt zugewiesen ist.

2. Mitglieder der Kommission sollen auch den Präliminarkommissionen zugezogen werden.

Das Versorgungshaus in Wien ist die Zentralanstalt, in welcher die der Versorgung bedürftigen Personen zunächst Aufnahme finden; von hier aus werden sie nach ihrer Eignung und nach Maßgabe des Raumes in die auswärtigen Anstalten versetzt. Von diesen dient die Pöbser Anstalt, welche neben der n.-ö. Landes-Irrenanstalt gelegen ist, hauptsächlich zur Aufnahme Geisteskranker; in die Anstalt in Mauerbach werden jene Pfleglinge gewiesen, für welche eine strenge Disziplin notwendig erscheint; die Anstalten in Liesing und St. Andrä sind besonders für Personen bestimmt, welche des Landaufenthaltes bedürfen. In der Wiener Anstalt bleiben nur jene Armen, die nicht transportabel sind, die Fremden, welche als unheilbar aus öffentlichen Krankenanstalten übernommen werden müssen, und nach Maßgabe des Raumes solche Arme, deren Belassung in Wien mit Rücksicht auf ihre Familienverhältnisse wünschenswert erscheint.

Soweit als möglich werden Anstaltspfleglinge zu Dienstleistungen herangezogen und erhalten hiefür eine tarifmäßige Vergütung. Der vom Gemeinderate in seiner Sitzung vom 3. Dezember 1901 genehmigte Pfriündner-Entlohnungstarif für die städtischen Versorgungshäuser mit Ausnahme des Bürgerversorgungshauses, wofür ein eigener Tarif besteht, trat ab 1. Jänner 1902 in Geltung.

Die Krankenwartung wird in den städtischen Versorgungshäusern zum größeren Teile von Wärtern und Wärterinnen, von denen im Berichtsjahre 61 bestellt waren, zum Teile auch von Ordensschwestern besorgt.

Die städtische Versorgungsanstalt in Liesing feierte am 18. März ihren 25jährigen Bestand. Aus diesem Anlasse wurde ein Festgottesdienst veranstaltet und sämtlichen Pfleglingen eine bessere Mittagskost verabreicht.

Mit dem Gemeinderatsbeschlusse vom 14. Oktober wurde die Übernahme des Krankenwardienstes im städtischen Versorgungshause zu Pöbs durch Schwestern der ehrwürdigen Kongregation der Töchter des göttlichen Heilandes, VII., Kaiserstraße 25, genehmigt. Das vorgelegte Übereinkommen mit dieser Kongregation (im wesentlichen gleichlautend mit dem zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 14. Mai 1901, B. 5838, für den Krankenpflegedienst im Bürgerversorgungshause mit dem Kloster in Eichgraben abgeschlossenen Übereinkommen), insbesondere die Entlohnung der Schwestern mit freier Station und monatlich je 20 K, wurde genehmigt.

Bau eines neuen Versorgungshauses in Lainz (XIII. Gemeindebezirk).

Schon seit Jahren hatte die Erkenntnis Platz gegriffen, daß die Überfüllung der Versorgungshäuser seit Einverleibung der Vororte durch Zubauten allein nicht behoben werden könne. Die wenigen Anstalten der früheren Gemeinden konnten nicht mehr entsprechen und die schwerwiegendsten Folgen drohten von der Heimatsgeseknovelle, die mit 1. Jänner 1901 ins Leben trat. Es war vorauszusehen, daß nicht nur die offene,

sondern insbesondere die geschlossene Armenpflege von der neu zugewachsenen ärmeren Bevölkerung in einer Weise werde in Anspruch genommen werden, daß man mit den bisherigen Anstalten unmöglich mehr das Auslangen finden könne. Ursprünglich dachte der Magistrat daran, die Liefinger Anstalt zu vergrößern, ein Projekt, das der Stadtrat jedoch ablehnte.

Man suchte ferner durch höhere Pfründen die geschlossene Armenpflege zu entlasten jedoch mit ungünstigem Erfolge, da die Pflöglinge nur gegen Zusicherung einer höheren Pfründe aus der Anstalt austraten und gerade diese Anhoffnung einer höheren Pfründe, als sie im gewöhnlichen Wege zu erreichen war, ein vermehrtes Zufließen in die Anstalt zur Folge hatte.

Am 6. Juli 1900 fand unter dem Voritze des Armenreferenten Dr. Weiskirchner die erste Beratung über die Grundzüge für den Bau eines neuen Versorgungshauses statt. Inzwischen war auch die Wiener Krankenhausfrage der Entscheidung näher gerückt worden. Das k. k. Unterrichtsministerium hatte Verhandlungen eingeleitet, die darauf hingingen, auf dem Grundkomplexe des städtischen Versorgungshauses im IX. Bezirke und der Irrenhausrealität die neuen Kliniken zu erbauen; mit dem Verkaufe dieses Hauses mußte gerechnet werden.

Deshalb beauftragte der Stadtrat mit dem Beschlusse vom 28. November 1900 den Magistrat, ein Projekt für ein Versorgungshaus mit einem Fassungsraume für 2000 Pflöglinge auszuarbeiten, jedoch darauf Rücksicht zu nehmen, daß es zur Aufnahme von 4000 Personen erweitert werden könne, sah aber von einer Beschlußfassung über den bereits vom Magistrate vorgeschlagenen Bauplatz im XIII. Bezirke, für den sich auch die Vertretung dieses Bezirkes in ihrer Sitzung vom 11. Oktober 1900 wärmstens ausgesprochen hatte, vorläufig ab.

Am 7. Mai 1901 genehmigte der Gemeinderat die Überlassung der Versorgungsrealität, IX., Spitalgasse Nr. 23 im Ausmaße von ungefähr 51.000 m² mit den darauf bestehenden Gebäuden an den Wiener k. k. Krankenanstaltenfonds um den Preis von 4.5 Millionen Kronen und sprach die Erwartung aus, daß die städtischen Ämter die Vorarbeiten für die Erbauung eines neuen Versorgungshauses derart beschleunigen, daß mit dem Baue sofort nach Abschluß des Vertrages begonnen werden könne. Als Übergabstermin wurde der 31. Dezember 1903 festgesetzt und die Verlegung dieses Termines auf den 1. März 1904 im beiderseitigen Einvernehmen als zulässig vereinbart. Am 5. Juli 1901 genehmigte der Gemeinderat die Erbauung eines neuen Versorgungshauses für 2000 Pflöglinge mit einer Erweiterungsfähigkeit auf 4000 Pflöglinge, auf den nach Anlauf der Wimpfingerschen Gründe in Ober-St. Veit arrondierten, der Gemeinde Wien gehörigen Gründen im XIII. Bezirke und beauftragte den Magistrat, auf Grund der vorgelegten Situationspläne die Detailpläne und Kostenvoranschläge mit aller Beschleunigung vorzulegen, dabei auf die Erbauung eigener Beamtenwohnhäuser außerhalb der Anstalt auf den für Versorgungshauszwecke nicht in Anspruch genommenen, der Gemeinde Wien gehörigen Gründen Bedacht zu nehmen. Gleichzeitig genehmigte er prinzipiell die Erbauung der beiden Pavillons für Ehepaare aus zur Verfügung stehenden Stiftungsgeldern. Auf Grund des Stadratsbeschlusses vom 20. Juni 1901 wären die Baulichkeiten und die herzustellenden Gartenanlagen derart anzuordnen, daß eine einheitliche gefällige Anlage entsteht.

Mit allerhöchster Entschliebung vom 2. März 1902 geruhte Se. Majestät der Kaiser den Beschluß des n.-ö. Landtages vom 3. Juli 1901, womit die Bewilligung zur Veräußerung des städtischen Versorgungshauses im IX. Bezirke erteilt wird, zu genehmigen.

In der Sitzung vom 13. Mai faßte der Gemeinderat nachstehenden Beschluß:

1. Das vorliegende Detailprojekt für den Bau eines neuen Versorgungshauses im XIII. Bezirke auf den hiezu bestimmten Gründen und mit einem Fassungsraume für 2200 Betten wird mit dem veranschlagten Kostenerforderniß von 7,510.000 K in seiner Gänze genehmigt.

2. Der Bau ist derart zu beschleunigen, daß er am 31. Dezember 1903, unter allen Umständen aber am 1. März 1904 der Benützung übergeben werden kann.

3. Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Baukommission wird für diesen Bau der Baukonsens gemäß § 105, Absatz 4 der Bauordnung erteilt.

In der ersten Bauperiode sollten 24 Bauobjekte zur Ausführung gelangen. Die Erbauung der übrigen Pavillons war erst zu einer späteren Zeit, etwa in den Jahren 1905 und 1906 beabsichtigt. Allein gewichtige Gründe und vor allem die zwingende Notwendigkeit, eine größere Bettenanzahl verfügbar zu haben, führten zu einer Erweiterung und beschleunigteren Ausführung des Bauprogrammes. Die feierliche Grundsteinlegung erfolgte in Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers am 7. Oktober 1902.